

Rezensionen

Stephan Lessenich: *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript 2008, 169 Seiten

Die Literaturstudie geht davon aus, dass der Sozialstaat in den industrialisierten Zentren der Welt nicht mehr wegzudenken oder gar abzuschaffen ist. Vor diesem Hintergrund versucht er, die Veränderungen des Sozialstaats – vor allem in der Bundesrepublik – zu begreifen. Zentrale These ist, dass es nicht so sehr um seinen Abbau oder seinen als neoliberal gekennzeichneten Umbau in Richtung auf einen „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Hirsch, Jessop) gehe, sondern um die Neugestaltung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft. Dabei gerate das Versprechen der Moderne, ein selbstbestimmtes Leben der Individuen zu ermöglichen, unter die Räder eines Lebensentwurfes, der die Individuen als nurmehr „sozialverantwortliche Subjekte“ (84) konstruiert. Nachdem Lessenich die Entstehung des Sozialstaats als „Erfindung des Sozialen“ (16) dargestellt hat, weil hier „die symbolische und materiale Konstruktion einer öffentlich-rechtlichen Verantwortlichkeit ‘der Gesellschaft’ für ihre Mitglieder“ (ebd.) in Erscheinung tritt, begreift er dessen aktuelle Veränderungen als die „‘Neuerfindung’ des Sozialen“ (38). Seine These verfolgt L. konsequent in den fünf Kapiteln des Buches.

Das erste Kapitel „What’s going on? Der Sozialstaat im Wandel“ präzisiert die Fragestellung. In groben Zügen skizziert L. die Entstehung und Entwicklung von Sozialpolitik als „eine gesellschaftliche Reaktion auf die fundamentale

Verunsicherung der menschlichen Existenz im Industriezeitalter“ (ebd.) bis hin zu den aktuellen Veränderungen. Diese seien geprägt von einem neuen Geist des Kapitalismus, dem Geist „der Aktivität und Mobilität, der Flexibilität und Beweglichkeit, der Eigentätigkeit und Selbststeuerung“ (16). Bereits hier betont L.: „Sozialpolitik ist... historisch wie analytisch ein höchst ambivalentes Unterfangen [...] Sie ist... konservativ und revolutionär zugleich, Stütze und Stachel im Fleisch der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie geprägten Gesellschaftsordnung. [...] Sie ist... nicht nur ein Ort und Hort der Hilfe, Solidarität und Wohltätigkeit, sondern eben (immer) auch ein Instrument sozialer Steuerung, Kontrolle und Disziplinierung“ (10). In begrifflicher Strenge hält er diese Dialektik bis zum letzten Kapitel durch. Ebenso wenig wird er müde, darauf hinzuweisen, dass Sozialstaat nicht nur etwas den Subjekten Äußerliches ist, sondern durch deren Tätigkeit beständig neu geschaffen und verändert wird.

Annäherungen an den Begriff des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaats – L. benutzt beide Ausdrücke aus sprachpragmatischen Gründen synonym (23) –, bietet das zweite Kapitel „Die Erfindung des Sozialen: Zur historischen Soziologie des Sozialstaats“. Hier stellt L. unter der Fragestellung „Was ist der Sozialstaat?“ (23) Theorien vor, die ihn als Prozess der „Modernisierung“ (24), der „Normalisierung“ (26), der „Umverteilung“ (28), der „Sicherung“ (30), der „Integration“ (32) und der „Relationierung“ (35) betrachten. Im Anschluss daran diskutiert er im Abschnitt „Wie kam es zum

Sozialstaat?“ (38) theoretische Konzepte, die seine Entstehung unter dem Aspekt der Funktionalität im europäischen Kapitalismus, des Interessenausgleichs, des Auftretens von Institutionen als soziale Akteure und des Erscheinens neuer Ideen über das bürgerliche Zusammenleben untersuchen. Indem er die Komplementarität der unterschiedlichen Ansätze aufweist, zeigt er, dass sich Sozialstaat als Instrument zur Regulierung der stets krisenhaften Vergesellschaftung unter spätkapitalistischen Verhältnissen verstehen lässt: „Als solcher, nämlich als gesellschaftlicher Krisenmanager, ist der Sozialstaat zu einer unhintergehbaren sozialen Tatsache geworden... Und als solcher operiert er nicht nur beständig unter Krisenbedingungen, sondern er ‘ist’ auch selbst ständig – gleichsam *ex officio* – ‘in der Krise’“ (56f).

Bemerkenswert an den Theorien ist allerdings, dass sie die Bedeutung des europäischen Faschismus und zweier Weltkriege für die Entstehung des Sozialstaats nicht reflektieren. Ebenso wenig befassen sie sich mit dem Verhältnis des Globalen Nordens zum Globalen Süden. Dieses Manko macht L. aber teilweise im dritten Kapitel über „Wohlfahrt für ‘alle’: Der Sozialstaat im ‘goldenen Zeitalter’“ wett. Darin stellt er die bislang – zumindest für die vor der Ära Kohl Geborenen – vertraute Gestalt des Sozialstaats vor. Gleich zu Beginn er hält fest, „die Konsolidierung und Expansion seines Institutionengerüsts“ sei „wesentlich den beiden größten anzunehmenden Krisenfällen des 20. Jahrhunderts geschuldet: den üblicherweise als ‘Weltkriegen’ apostrophierten, im Kern aber europäischen (1914-18) bzw. euroasiatisch-transatlantischen (1939-45) Massenkriegen der ersten

Jahrhunderthälfte“ (59). Allerdings wäre hier ein etwas genauerer Blick auf die weltweiten Zusammenhänge in Bezug zumindest auf den Zweiten Weltkrieg sinnvoll gewesen. Die Dokumentation des Rheinischen JournalistInnenbüros „*Unsere Opfer zählen nicht*“. *Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg* (2005, besprochen in *PERIPHERIE* 100: 550f; im vorliegenden Heft bespricht Barbara Imholz die daraus zusammengestellten Materialien für den Schulunterricht) zeigt nämlich, dass dieser Krieg keineswegs auf den „euroasiatisch-transatlantischen“ Raum begrenzt war. Auch in anderer Hinsicht bleibt die Beschränkung des Blickwinkels auf den europäisch-amerikanischen Raum eine grundlegende Schwäche dieses Kapitels. Denn in der Feststellung, in seinem „goldenen Zeitalter“ habe der Sozialstaat „zu einer inter- bzw. multinationalen ökonomisch-sozialen Prosperitätskonstellation“ (63) beigetragen, ist ausgeblendet, dass die Dritte Welt dafür mit zunehmender Verarmung und Ausbeutung zahlen musste.

Im titelgebenden vierten Kapitel analysiert L. die „Sozial-Politik im flexiblen Kapitalismus“ (73). Als markantesten Unterschied macht er „den Projektcharakter allen Wirtschaftens, Arbeitens und Lebens“ (76) aus: Im flexiblen Kapitalismus verdränge „das Maß an Aktivität, das individuelle Mehr oder Weniger an Beweglichkeit und Bewegung, alle anderen sozialen Unterscheidungen, oder genauer: Alle anderen sozialen Unterscheidungen lassen sich tendenziell unter die gesellschaftliche Metadifferenz von Aktivität versus Inaktivität, Mobilität versus Immobilität subsumieren“ (ebd.). Allerdings gebe es für diese Aktivierung und Mobilisierung der Subjekte eine

„entscheidende normative Einschränkung: Individuelle Aktivität, Mobilität, Bewegung zählen dann, wenn sie als gemeinwohldienlich gelten, wenn sie in sozialer Absicht vollzogen werden oder ihnen eine solche unterlegt oder unterstellt werden kann“ (ebd.) Diese neue Form der Vergesellschaftung analysiert L. in verschiedenen Bereichen der Politik: im „Fördern und Fordern“ Arbeitsloser, in der neuen Familienförderung, in der zunehmenden Aufmerksamkeit für die Alten, in der Frühförderung von Kindern und im 2007 von der aktuellen Bundesregierung aufgelegten „Nationalen Aktionsplan Fit statt fett“.

Im Anschluss an Michel Foucaults *Gouvernementalitätsstudien* zeigt L., dass diese neue Form der Vergesellschaftung den Subjekten keineswegs nur aufgenötigt wird, sondern in ihrer Subjektivität ansetzt. Er bezweifelt, dass „Neoliberalismus“ die geeignete Kategorie dafür ist: „Denn während die Rede von einer ‘neoliberalen’ Gouvernamentalität oder dem ‘neoliberalen’ Umbau des Sozialstaats immer auch Vorstellungen vom Rückzug des Staates im Interesse individueller Autonomie evoziert, beinhaltet die veränderte sozialpolitische Regulierungsweise tatsächlich weder das eine (staatliche Enthaltbarkeit) noch das andere (persönliche Selbstbestimmung): Der ‘neoliberale’ Sozialstaat ist im höchsten Maße aktivistisch mit der Produktion sozialverantwortlicher Subjekte beschäftigt“ (84).

Zum Abschluss des Buches fragt L.: „Where should we be going? Die Zukunft des Sozialstaats“. Leider wird dieses Kapitel seiner Überschrift nicht voll gerecht, denn statt eines Ausblicks auf Alternativen bringt es eher eine Zusammenfassung unter dem besonderen

Blickwinkel, dass die Entwicklungen zugleich mit ihrem Gegenteil schwanger gehen: „Wie der freie Lohnarbeiter stellt auch die freie Wahlbürgerin in letzter Instanz... einen nach systematischer Kontrolle rufenden Unsicherheitsfaktor der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse dar“ (134). Dieses Erkenntnis mündet in ein Plädoyer für eine „Neuerfindung der Sozialkritik“ (138): „Verstehen ist zwar nicht dasselbe wie widerstehen – aber als kritische Praxis doch auch schön“ (142).

Dem Inhalt entsprechend zeichnet sich der Band durch ein hervorragendes Lektorat aus. Zwar hätte sich der Rezensent zuweilen etwas weniger (lange) Parenthesen gewünscht, aber er hat nicht einen Fehler gefunden, und auch die längeren Sätze bleiben verständlich. Obwohl erkennbar vor dem Beginn der aktuellen Wirtschaftskrise druckgelegt, stellt das gut lesbare Buch insgesamt einen gelungenen Entwurf zum Verständnis aktueller Entwicklungen des Sozialstaats in der Bundesrepublik dar. Gleichwohl hätte ihm ein Blick über den bundesrepublikanischen resp. europäischen Tellerrand hinaus in die sogenannte Dritte Welt gut getan. Dann wäre nämlich klar geworden, wie begrenzt das eingangs dieser Besprechung genannte Versprechen der Moderne immer war, wem es bisher nicht galt.

Michael Korbmacher

Carmelo Mesa-Lago: *Reassembling Social Security – A Survey of Pensions and Health Care Reforms in Latin America*. Oxford: Oxford University Press 2008, 453 Seiten

Der Neoliberalismus predigt seit langem den Abbau sozialer Sicherung

und fordert die Übernahme staatlicher Sozialsysteme durch privatwirtschaftliche Träger. Lateinamerika wurde als erste Weltregion zum Labor eines solchen sozialpolitischen Systemwechsels. Bereits 1981 ersetzte die Pinochet-Diktatur das staatliche Umlagesystem durch ein kapitalgedecktes Alterssicherungssystem, das von gewinnorientierten Pensionsfonds verwaltet wird. Diese spekulieren gegen staatliche Gebühren mit den angesparten Versichertenbeiträgen auf dem Kapitalmarkt, während die resultierenden Altersrenten eher mäßig sind – was sich jedoch erst nach Ende der jahrzehntelangen Ansparphase herausstellt. In Chile wurde damit ein radikaler Präzedenzfall geschaffen, dessen Einfluss bis heute weit über Lateinamerika hinausreicht. Gleichzeitig trieb das südamerikanische Land auch im Gesundheitswesen einen Systemumbau voran, der die Etablierung privatwirtschaftlicher Gesundheitsdienstleister für zahlungskräftige „gute Risiken“ und die Einführung von Nutzergebühren für alle nach sich zog.

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach diesem ersten sozialpolitischen Paradigmenwechsel ist die Privatisierung der Alterssicherung und der Gesundheitsversorgung vielerorts bereits alltäglich geworden. Die soziale Schlagseite und viele andere Defizite der einst hoch gelobten Reformen treten indes immer offener zutage, und die Suche nach tragfähigen Alternativen ist im Gange. Da kommt ein Buch zur rechten Zeit, das die umfassenden Sozialreformen in Lateinamerika ebenso kritisch wie sachkundig bilanziert und außerdem Wege zu einer sozialen Sicherung aufzeigt, die ihren Namen verdient. Der Autor ist kein Geringerer

als der Doyen der lateinamerikanischen Sozialpolitik – Carmelo Mesa-Lago, gebürtiger Kubaner, heute emeritierter Hochschullehrer in Pittsburgh. Sein akribischer Arbeitsstil, die gründliche Regionalkennntnis und nicht zuletzt das umfassende Netzwerk ehemaliger Schülerinnen und Schüler erlauben es ihm seit 30 Jahren, die bestrecherchierten und kenntnisreichsten Publikationen zur lateinamerikanischen Sozialpolitik vorzulegen. Über diesen langen Zeitraum gelang es ihm stets, unabhängig von den jeweiligen politischen Moden zu bleiben und die nötige fachliche Distanz zu wahren. Mahnte Mesa-Lago in seinem ersten, 1978 erschienenen Werk die extreme Stratifizierung der staatlichen Sozialsysteme Lateinamerikas an, so wurde er wenig später fast zum einzigen prominenten Kritiker der von Washington bis Feuerland gepredigten Privatisierung. Sein aktuelles Buch stellt gleichsam die Quintessenz seines sozialpolitischen Schaffens dar und soll, wie er im Vorwort ankündigt, sein Lebenswerk beschließen.

Hervorgegangen aus zwei spanischsprachigen Studien im Auftrag der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL), ist der nun auf Englisch vorgelegte, gründlich überarbeitete Band in vier Hauptteile gegliedert. Der erste Teil schildert den Zustand der lateinamerikanischen Sozialsysteme vor den Reformen, der zweite Teil ist den Rentenreformen und ihren Wirkungen gewidmet, der dritte Teil analysiert die Gesundheitsreformen und ihre Effekte, und der vierte Teil skizziert die Grundlinien einer sozial gerechteren Renten- und Gesundheitspolitik. In die komparative Analyse sind alle 20 Staaten Lateinamerikas einbezogen – somit

auch diejenigen, die den radikalen Paradigmenwechsel verweigerten und sich stattdessen für graduelle Reformen entschieden. Mesa-Lagos wichtigster Bewertungsmaßstab sind die sozialpolitischen Mindestnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die in Lateinamerika bis heute verfehlt werden. Es geht ihm also in erster Linie um eine Evaluation der Reformen aus sozialpolitischer Perspektive; die politische Ökonomie der Reformen und die Rolle externer Akteure wie der Weltbank streift er nur am Rande. Die Bereiche Alterssicherung und Gesundheitsversorgung wählte er wegen ihrer Relevanz aus: zum einen haben diese beiden Systeme in Lateinamerika einen vergleichsweise hohen Deckungsgrad, zum anderen verursachen sie die höchsten fiskalischen Kosten.

Im Bereich der Alterssicherung kritisiert Mesa-Lago die überhastete, unkritische Übernahme des chilenischen Modells in vielen lateinamerikanischen Ländern. Stattdessen wären seiner Einschätzung nach vielerorts Reformen des bestehenden Umlagesystems erfolgversprechender gewesen. Auf kleinen Kapitalmärkten funktionierte häufig weder der privatwirtschaftliche Wettbewerb noch die Portfoliodiversifikation. Zudem waren die Rentenprivatisierer auf das makroökonomische Ziel der Kapitalbildung fixiert und vernachlässigten die Bekämpfung der weit verbreiteten Altersarmut. Generell gilt, dass es den beitragsfinanzierten Systemen Lateinamerikas, ob privat oder staatlich, angesichts der Prekarisierung und Informalisierung der Arbeitsmärkte nicht gelang, ihren Deckungsgrad zu erhöhen. Einen möglichen Lösungsansatz stellen die nicht beitragsfinanzierten Mindestrenten

dar, mit denen v.a. Brasilien und Bolivien derzeit Erfahrungen sammeln.

Im deutlich komplexeren Gesundheitswesen beobachtet Mesa-Lago eine größere Vielfalt von Reformansätzen und ein insgesamt weniger radikales Vorgehen als im Bereich der Alterssicherung. Den Gesundheitsreformen eines Vierteljahrhunderts gelang es jedoch nicht, die größten Gesundheitsprobleme der Region zu lösen oder wenigstens die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Insgesamt sank der Deckungsgrad, und wer im informellen Sektor oder in der Landwirtschaft tätig ist, hat in aller Regel keinen Zugang zur Krankenversicherung. Das (proklamierte) Solidaritätsprinzip der Sozialversicherung wurde bei der Privatisierung des Gesundheitswesens vom Prinzip der Risikoäquivalenz abgelöst, bei dem Gesunde wenig und Kranke viel zu zahlen haben. Von den in der Region eingeführten Nutzergebühren sind Einkommensschwache in aller Regel nicht ausgenommen. Nur in wenigen Staaten der Region (Argentinien, Brasilien, Costa Rica, Chile, Kuba und Uruguay) wurde ein universeller Zugang der Bevölkerung zur Gesundheitsversorgung erreicht.

Mesa-Lagos aufschlussreichem und sehr dichtem Befund, der hier nur kurzrissig wiedergegeben werden kann, sind viele Leserinnen und Leser zu wünschen – auch jenseits der Lateinamerika- und Sozialpolitikforschung. In diesem Zusammenhang wäre es begrüßenswert, wenn Oxford University Press der recht kostspieligen (75 £) gebundenen Edition eine Paperback-Ausgabe folgen lassen würde. Dies würde das Hauptanliegen des Autors unterstützen: einem möglichst breiten Publikum zu vermitteln, dass ein umfassendes, einheitliches

und sozial ausgewogenes Sozialsystem in Lateinamerika und anderswo keine Utopie bleiben muss.

Katharina Müller

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): *Globale Armutsstrategie – ein Trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien?* Wien & Berlin: Lit 2008, 362 Seiten

Wie so viele, bietet auch dieser Tagungsband, der die Schlaininger Sommerakademie 2008 dokumentiert, einen bunten Strauß. Die 23 Beiträge stellen unterschiedliche Ansprüche, vom Grußwort mit kritischem Ton bis zur komprimierten Analyse; auch der redaktionelle Standard ist uneinheitlich, des Öfteren leider miserabel, teils wohl aufgrund der erstaunlich kurzen Produktionszeit. In jedem Fall bietet der Band eine Reihe nützlicher Einsichten. Diese liegen allerdings eher quer zu möglichen Interpretationen des sehr breit gefächerten Titels: Die *Millennium Development Goals* werden an keiner Stelle hinterfragt, sondern öfters als Meilenstein oder Orientierungspunkt erwähnt, und auch die semantische Verschiebung von „Entwicklung“ zu „Armutsbekämpfung“ wird nicht thematisiert. Spannend sind dagegen die Überlegungen zur Verknüpfung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, zu *failed states* und zur Interventionsproblematik sowie zu zivilgesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten. Kontroversen bleiben, wie bei Tagungsbänden auch leider üblich, zumeist implizit.

Dies gilt etwa von dem mehrmals als Paradigma eines *failed state* angeführten

Somalia. *Claudia Haydt* von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) belegt eindrucksvoll, wie von IWF und Weltbank durchgesetzte Strukturanpassungsprogramme sowie später auch Nahrungsmittelhilfen in Krisensituationen die Selbstversorgungs- und Austauschkreisläufe zerstörten. In dieser „sozioökonomischen Desintegration“ sieht sie „die eigentlichen Ursachen (Root Causes) des Konflikts“ (104) und auch der Piraterie, die derzeit soviel Aufmerksamkeit auf sich zieht und ihren Ausgang von schlichten Überlebensstrategien perspektivlos gewordener Fischer genommen habe. Die von den USA gestützte äthiopische Intervention 2006 stürzte mit dem Regime der Union Islamischer Gerichtshöfe eine Instanz die vorübergehend „eine Art Ordnung im Lande“ hergestellt und „die Piraterie fast vollständig zum Erliegen“ gebracht hatte (107). Zugleich betont Haydt, dass entgegen dem common sense nicht Homogenität, sondern gerade Diversität „das Risiko von Bürgerkrieg deutlich“ reduziert – Somalia war schließlich „ethnisch und religiös äußerst homogen“ (110). Demgegenüber demonstriert *Rainer Tetzlaff* unfreiwillig, was folgt, wenn der Analysezeitraum falsch angesetzt wird: Es bleibt nur das Horrorszenerario des Leitartikels: Anomie als Folge von „Bürgerkrieg“ (170f); freilich betont Tetzlaff im Blick auf das Größere Horn von Afrika zurecht und anregend, dass Ordnung und Sicherheit nicht notwendig in moderner Staatlichkeit aufgehen. Gerade in dieser Region finden sich „Friedensräume“ gerade jenseits der Zentralstaaten, die autochthone Ressourcen der Konfliktregulierung mobilisieren (173). Wieder eine ganz andere Geschichte erzählt *Volker Matthias*, der

Somalia als „Epizentrum“ regionaler „Gewaltkonflikte“ (257) insbesondere in der Auseinandersetzung zwischen Äthiopien und Eritrea sieht, aber auch auf konstruktive Ansätze verweist, insbesondere in Somaliland, dem ehemals britischen nordwestlichen Landesteil, der sich faktisch als eigener Staat konstituiert hat. Es wäre zu wünschen, dass solche teils kontroversen, teils komplementären Sichtweisen direkter miteinander konfrontiert würden. Eine Kenntnisnahme dieser Beiträge erschwert es jedenfalls erheblich, im Zusammenbruch oder Fehlen von Staatlichkeit ein Erklärungsmuster für unterschiedlichste Katastrophen und unliebsame Erscheinungen zu suchen.

Ausführlich kommen die Entwicklungspolitik, die Außenwirtschaftsstrategie und die Interventionspolitik der EU zur Sprache, nicht zuletzt der scheinbare Widerspruch zwischen den Rollen der EU als insgesamt größte Geberinstanz von Entwicklungshilfe und „Rüstungsexportweltmeisterin“ (177). Auch hier wurde die Chance zur Darstellung kontroverser Positionen verschenkt; zumal *Gunther Hauser* von der österreichischen Landesverteidigungsakademie hat den von ihm präsentierten Zettelkasten nicht zu einer (gegenüber den kritischen Stimmen) These verdichtet, die sich dann vermutlich von der durch die Mehrheit der Beiträge vorgetragenen Kritik an der Militarisierung der Außenpolitik zumal der EU und der Verschmelzung von Sicherheits- und Entwicklungssektor unterschieden hätte. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang *Werner Rufs* vehemente und überzeugende Kritik an der europäischen Außen- und Abschottungspolitik, die insbesondere die Rede Josef Fischers

von „gleicher Augenhöhe“ (128) mit den USA einmal mehr in einem besorgniserregenden Licht erscheinen lässt, sowie *Elmar Altvaters* Dekonstruktion der „Schutzverantwortung“ (*responsibility to protect*), die einerseits im Schutzanspruch der Menschenrechte gründe, aber andererseits und entscheidend immer wieder und an prominentester Stelle im Kosovo-Krieg 1999 zum Vorwand einseitiger und unmandatierter Intervention genommen wurde (68ff). Auch hier findet sich in diesem Band eine implizite Kontroverse, wenn *Franz Nuscheler* in seiner Verteidigung des „Projektes“ der *Global Governance* frag- und klaglos eben das Prinzip der *responsibility to protect* als Meilenstein auf dem Weg zu dem angestrebten Ziel eines regelhaften Weltregierens meint verbuchen zu dürfen (316).

Die Kritik, gegen die Nuscheler sich wendet, wird in dem wohl lesenswertesten Beitrag des Bandes von *Ulrich Brand* vorgetragen. Er verweist zum einen auf den Funktionalismus des Konzepts, das unterstellt, aus der Not werde sich die globale Kooperation zwangsläufig ergeben – den erneuten Beleg dafür liefert Nuscheler in seiner Replik (316). Wichtiger aber ist Brands sehr dichte und aufschlussreiche Skizze von Ansätzen emanzipativer Politik auf dem Hintergrund des gramscianischen Hegemoniebegriffs. Ansätze „positiver Handlungshorizonte“ sieht Brand unter Verweis auf die „vielfältigen Sozialforen“ vor allem in der Politisierung konkreter Konflikte, gerade weil damit ein vorschneller Bezug auf das „Allgemeine der gesamt(Welt-)Gesellschaft“ und damit die erneute Fixierung auf etablierte, in Parteien und Staat gefangene Politikformen vermieden werden

könnte (297f). Freilich stellt sich damit auch jeweils die Frage der konkreten Analyse des Einzelfalls, während man vermuten darf, dass die Problematik etwa der Weltsozialforen eher mit den Risiken vorschneller institutioneller Verfestigung verknüpft ist.

Insgesamt kann die Lektüre dieses schnell produzierten Tagungsbandes im Februar 2009 angesichts der vielfältigen Bezugnahmen auf Globalisierung auch dafür sensibilisieren, was in dem kurzen halben Jahr seit der Sommerakademie alles geschehen und in Erscheinung getreten ist. Heute würden manche Beiträge vermutlich anders geschrieben werden als vor dem Manifestwerden der kapitalistischen Krise.

Reinhard Köbler

James Ferguson: *Global Shadows. Africa in the Neoliberal World Order*. Durham & London: Duke University Press 2007 (Erstdruck 2006), 257 Seiten

Das Titelbild ist faszinierend. Der Inhalt auch. Ferguson rückt die gängigen Bilder sowohl von „Globalisierung“ als auch von „Afrika“ so gründlich zurecht, dass die überkommenen Vorstellungen von beidem völlig über den Haufen geworfen werden.

Beginnen wir mit „Afrika“. Da gibt es die einen, die den „dunklen Kontinent“ als vom Okzident klar unterschiedene Einheit (ähnlich dem „Orient“ der von Edward Said so treffend kritisierten „Orientalisten“) konzipieren. Und es gibt die anderen (größtenteils Ethnologen), die die Einheitlichkeit des Kontinents bestreiten und Abertausende verschiedene „Afrikas“ studieren. So sehr die letzteren gegenüber den ersteren im Recht sind –

auch bei ihnen geht nach Ferguson ein wesentlicher Aspekt verloren: Auch wenn „Afrika“ eine noch so heterogene, eine historisch und sozial noch so willkürlich konstruierte Einheit ist, ist es doch auch eine Kategorie, durch die unsere gegenwärtige Welt strukturiert ist; eine, die den Menschen dort aufgezwungen wurde und mit der sie leben müssen; eine, die nicht nur eine Verortung im geographischen Raum impliziert, sondern auch eine – untergeordnete – Position in einem globalen Rangsystem, und die insofern durchaus reale sozio-ökonomische Konsequenzen hat.

Eng verknüpft ist diese Positionierung mit dem Begriffspaar „Tradition – Moderne“. Auch hier unterläuft Ferguson erfolgreich alte Frontstellungen. Die Kritik an der klassischen Modernisierungstheorie, welche „Modernisierung“ als festgeschnürtes Paket aus allen möglichen guten Dingen (Rationalismus, Universalismus, Demokratie, Markt, Individualismus, Wachstum, Differenzierung, und dgl. mehr) ansah, die erstmals im Westen verwirklicht worden seien und nun von allen anderen in toto übernommen werden müssten, teilt er vollständig. Wenn aber Verfechter des Konzepts der „multiple modernities“ daraus schließen, alle Gesellschaften der Gegenwart seien „modern“, nur eben in unterschiedlicher Art und Weise, erhebt er Einspruch. Man müsse ernst nehmen, dass viele Afrikaner eine Art Nostalgie für die Moderne fühlten – sambische Minenarbeiter z.B., die ihm erklärten „wir waren einmal modern ... aber jetzt ist uns diese Chance genommen“ (186); oder noch schlichter: „This place is not up to date“ (185). Was in der Rede von den „alternative modernities“ übersehen wird, ist, dass die

Tradition-Moderne-Dichotomie nicht nur kulturelle Wertvorstellungen implizierte (die ihrerseits aus einer eurozentrischen Perspektive bewertet wurden), sondern auch und vor allem politische und ökonomische Exklusion der „Traditionellen“ aus der privilegierten „first class world“ (166) der „Modernen“. Die zukünftige Beendigung dieser Unterprivilegierung ist das, was man sich von Modernisierung verspricht, daher die Skepsis gegenüber der Liquidierung des Konzepts.

Am Konzept der „Globalisierung“ kritisiert Ferguson zunächst und vor allem die damit regelmäßig verbundene Metapher des „Fließens“. „Das Kapital ‘fließt’ nicht von New York zu den Ölfeldern Angolas oder von London zu Ghanas Goldminen; es ‘hüpft’ und überspringt elegant das meiste, was dazwischen liegt“ (38). Es ist „*globe-hopping*, not *globe-covering*“ (ebd.). Entgegen einigen vorschnellen Trendverlängerungen aus den 80er Jahren trifft es keineswegs zu, dass „Afrika“ kein ausländisches Kapital mehr anziehen würde; die ausländischen Direktinvestitionen auf dem Kontinent haben sich von 1986 bis 2004 nahezu verachtfacht. Aber diese Investitionen konzentrieren sich fast ausschließlich auf gesicherte Enklaven, die von der restlichen Gesellschaft weitgehend abgeschottet sind. Paradigmatisch ist die Ölproduktion von Angola, die nahezu vollständig offshore abläuft. Die Industrie importiert praktisch ihr gesamtes Gerät und Material, bis hin zu den Nahrungsmitteln und dem Wasser für ihre Belegschaften, welche ihrerseits größtenteils mit kurzfristigen Verträgen aus dem Ausland rekrutiert werden und in eingezäunten und militärisch abgesicherten Gettos leben.

Die militärische Absicherung obliegt privaten Großunternehmen, allen voran der berüchtigten südafrikanischen „Executive Outcomes“, welche ironischer Weise die MPLA-Regierung Mitte der 90er Jahre von der UNITA abwarf, wodurch es ihr gelang, die Produktion in den letzten Jahren des Bürgerkriegs ungehindert weiterlaufen zu lassen und die entsprechenden Einnahmen zu kassieren. Natürlich ist das ein Extrembeispiel, aber das angolansiche Modell breitet sich rapide aus auf nahezu alle Mineralien abbauenden Industrien des Kontinents. Die Goldproduktion in Ghana und die Ölproduktion im Sudan sind schon fast genau so weit. Und bei der alluvialen Diamantengewinnung im Kongo haben es verschiedene Unternehmen (die Société Minière de Bakwanga und die kanadische American Mineral Fields z.B.) geschafft, sich durch private Sicherheitsdienste abgeschottete Enklaven abzustecken, in denen – ihr – Recht und – ihre – Ordnung galten, während drum herum Krieg und Chaos herrschten. Auch „Sicherheit“ ist hier nicht flächendeckend auf nationalstaatlicher Ebene zu haben, sondern wird zu einem privatisierten räumlichen Patchwork Projekt. So wird auch verständlich, dass es keineswegs (wie es der Weltbank-Doktrin entspräche) die Staaten sind, in denen „good governance“ und Rechtsicherheit herrschen, welche die großen ausländischen Direktinvestitionen anziehen, sondern gerade die korruptesten, diktatorischsten und am meisten von gewaltsamen Auseinandersetzungen geplagten – an der Spitze liegen Nigeria Angola, Kongo/Zaire, Liberia, Sierra Leone und Äquatorialguinea.

Spannend sind des weiteren Fergusons Überlegungen zur „vertikalen

Topographie der Macht“, welche Staat und Zivilgesellschaft in einem Oben-Unten-Schema angeordnet sieht. Dies war schon zu Zeiten der Dominanz des *nation-building*-Paradigmas so – hier war der (National-)Staat das zu verwirklichende Gute, die Zivilgesellschaft in Gestalt von Stämmen, Ethnien und anderen partikularistischen Einheiten das zu überwindende Böse. Mit den Strukturanpassungsprogrammen von IMF und Weltbank sowie der korrespondierenden NGO-Euphorie wurde nur die Bewertung umgedreht: jetzt wurde der interventionistische Staat zum Bösen und die dynamische und staatskritische Zivilgesellschaft zum – v.a. mittels forciertem Demokratisierung – zu unterstützenden Guten. Ferguson weist sarkastisch darauf hin, dass es Weltbank und IMF mit diesen Manövern gelang, den Unmut der Bevölkerungen über die drakonischen und fraglos unpopulären Maßnahmen der Strukturanpassung von sich auf die nun gewählten Regierungen abzuwälzen und das resultierende Elend damit letztlich der Bevölkerung selbst anzulasten. Sein zentraler Kritikpunkt ist jedoch, dass das gesamte Oben-Unten-Schema nichts taugt: Der Staat konstituiert sich in sozialen Praktiken, die nicht weniger „lokal“ sind als alle möglichen anderen auch. Transnationale Organisationen regieren weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – beispielsweise in Sambia – effektiver als sämtliche staatlichen Akteure. Und Weltbank und IMF zwingen vielen afrikanischen Staaten vielfach ihre Politiken auf – nicht nur im Bereich der Finanz-, sondern beispielsweise auch in dem der Bildungs-, Ernährungs- und Gesundheitspolitik. Auf der anderen Seite sind viele der sogenannten zivilgesellschaftlichen

Akteure alles andere als lokale und indigene Gemeinschaften. „Die Zivilgesellschaft setzt sich zu großen Teilen aus *internationalen* Organisationen zusammen“ (101). Man denke etwa an die unzähligen von USAID oder von den christlichen Kirchen aufgebauten und finanzierten Freiwilligenorganisationen – ganz zu schweigen von Organisationen wie Oxfam oder CARE, die überall in Afrika staatsähnliche Funktionen wahrnehmen. Sie sind weder subnational noch national und können nicht als „unter“ dem Staat stehend, sondern nur als „integrale Bestandteile eines neuen, transnationalen Gouvernamentalitätsapparats“ (103) verstanden werden.

Nach „The Anti-Politics Machine“ (1994) und „Expectations of Modernity“ (1999) legt Ferguson mit „Global Shadows“ erneut ein ungezählte Selbstverständlichkeiten des developmentpolitischen Mainstream erschütterndes und dazu glänzend geschriebenes Werk vor. Es wird Zeit, dass er auch in Deutschland ernsthaft rezipiert wird.

Gerhard Hauck

Neil Stammers: *Human Rights and Social Movements*. London: Pluto Press 2009, 289 Seiten

Menschenrechte sind seit Jahrzehnten Gegenstand scharfer politischer, aber auch wissenschaftlicher Kontroversen. Zum einen geht es um ihre Reichweite: Zählen nur die unmittelbaren Schutzrechte gegenüber staatlichem Handeln oder allenfalls die bürgerlichen Partizipationsrechte zu den Menschenrechten, oder auch die häufig wegen ihrer mangelnden Justiziabilität kritisierten Menschenrechte der zweiten und dritten Generation, die sozialen und kollektiven

Rechte, etwa auf Bildung und Arbeit, aber auch auf Entwicklung oder eine lebensfreundliche Umwelt? Andererseits stehen Menschenrechte vielerorts in dem Verdacht, eurozentrisch und daher ein Instrument des Kulturimperialismus zu sein, das gegen authentische Gebräuche eingesetzt werde.

Neil Stammers geht diese Problematik von einer wichtigen und häufig vernachlässigten Perspektive an: Menschenrechte sind nicht in erster Linie durch Verfassungsgeber dekretiert worden, denen Herrschaftsinteressen füglich zu unterstellen wären; sie sind vielmehr Ergebnis sozialer Kämpfe, „der schöpferischen Praxis“ sozialer Bewegungen, ihrer „Handlungsfähigkeit“ und damit ihres Potenzials, „Veränderung“ zu bewirken (24). Hier sieht Stammers den Schlüssel, der uns aus dem „Spiegelkabinett“ (8ff) hinausführen kann, als das er große und entscheidende Teile der bisherigen Debatte über Menschenrechte charakterisiert. Ein wesentliches Defizit erkennt er in der „generellen Abwesenheit der Geschichte“ (13), und dementsprechend kann sein Programm auch kurz mit der Historisierung der Menschenrechte im Kontext sozialer Kämpfe zusammengefasst werden. Damit ist auch klar, dass soziale und kollektive Menschenrechte integrale Bestandteile des Gesamtkomplexes sind.

Wenn Stammers dagegen polemisiert, die Geschichte der Menschenrechte erst 1948 mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beginnen zu lassen (23), so dürfte dies im Hinblick auf die allgemeine Debatte überzogen sein; überzeugender dagegen ist das Argument, dass das Naturrecht, auf dem die Menschenrechte basieren, nicht allein auf den von C.B. Macpherson so

bezeichneten „Besitzindividualismus“ zurückgeführt werden kann, sondern auf „soziale Wesen: soziale Personen, die den Ansprüche auf Rechte aufstellten und erhoben, um bestehende Machtverhältnisse und -strukturen in Frage zu stellen“ (68). Dem entspricht eine spezifisch radikale Lektüre der französischen, vor allem aber der amerikanischen Revolution, die erst mit der Verfassung von 1787 in ein konservatives Fahrwasser gelenkt worden sei sowie die Berücksichtigung der Revolution in Haiti, die durch die Rebellion der Sklaven die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte in radikaler Form postulierte – wohl ein Grund, warum sie weitgehend dem Vergessen anheim fiel. Wie Stammers betont, ließen die sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts – ebenfalls entgegen einem verbreiteten Missverständnis – nicht nach, die Menschenrechte einzufordern. Neben der Betonung des sozialen Inhalts der lateinamerikanischen Unabhängigkeitsbewegungen ebenso wie des frühen antikolonialen Widerstandes vor allem in Indien steht hier neben der Betonung expressiver Komponenten sozialer Proteste und des Arbeiter-Internationalismus Stammers' Auseinandersetzung mit dem Postulat des Selbstbestimmungsrechtes. Wie seine historische Rekonstruktion zeigt, muss dieses Recht nicht notwendig national gedacht werden, und wie bereits Eric Hobsbawm und andere gezeigt haben, ist auch die Nation nicht notwendig exklusiv noch ist sie ausschließlich ethnisch definiert.

Das zentrale Problem der sozialen Bewegungen, die Menschenrechte einschließlich sozialer Rechte einklagten und dies weiterhin tun, war und ist aber ihr – wie auch immer begrenzter – Erfolg. Stammers spricht vom „Paradox

der Institutionalisierung“ (Kap. 4) als dem Punkt, an dem die Bewegung nicht mehr Bewegung ist, sondern sich in Organisationen kristallisiert oder gar bürokratisch einklagbare Rechte erkämpft. Stammers unterscheidet zwischen partikularer Institutionalisierung in spezifischen „rechtlichen und politischen Gemeinschaften“ und universaler Institutionalisierung „innerhalb des bestehenden staatszentrierten internationalen Systems“ (130). Es überrascht nicht, dass das folgende Kapitel den Neuen Sozialen Bewegungen gewidmet ist, die bei aller Problematik mit Gender, Ethnizität und der Verfügung über Information und Wissen „drei Orte der Macht“ (158) ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt haben, die nicht nur für die aktuelle Debatte über Macht von entscheidender Bedeutung sind, sondern zuvor auch weitgehend marginalisiert waren. Zugleich wurden so Fragen der „Identität, Differenz und Anerkennung“ (159) wesentlich auch für die Auseinandersetzung um Menschenrechte, die Stammers unter dem Gesichtspunkt fortbestehenden „alten Unrechts“ auf die „neuen Bewegungen“ bezieht (bes. 148ff). Die folgende Differenzierung zwischen den instrumentellen und expressiven Aspekten des „Bewegungs-Aktivismus“ (Kap. 5) führt Stammers auf die Diskussion einer „altruistischen, auf ‘Andere’ zentrierten“ Orientierung sozialer Bewegungen, die hier mit Solidarität umschrieben wird (186), ohne freilich die Gefahren des Substitutionalismus gerade im Hinblick auf Reproduktion und Neubegründung von Machtpositionen zu übersehen (bes. 235). Spezifische Solidaritätsbewegungen, etwa die „Dritte Welt-Bewegung“, berücksichtigt er dabei aber nicht.

Aus einer kritischen Betrachtung der Auseinandersetzung sozialer Bewegungen mit den gemeinhin als Globalisierung bezeichneten und hier in „Globalisierung von oben“ und „Globalisierung von unten“ (199) differenzierten Prozessen zieht Stammers vor allem den Schluss, dass die alten konzeptionellen Engführungen hier ebenso präsent sind wie soziale Bewegungen Menschenrechte praktisch einklagen, zumal in der Perspektive einer „Bewegung der Bewegungen“. Essentialistischen Kritikern wie etwa Gustavo Esteva bescheinigt Stammers zwar, Probleme benannt zu haben, verweist aber auf ihr „enges und verarmtes Verständnis der Menschenrechte“ (205). Demgegenüber plädiert Stammers abschließend für eine von sozialen Bewegungen zu verfolgende aktive und fordernde Menschenrechtspolitik, die auch Rechtsinstrumente, voran die Allgemeine Erklärung nicht liquidatorisch als Herrschaftsinstrumente beiseitelegt oder negiert, sondern sie als „konkrete Universalie“ (238) kritisch gegen Herrschaftspraxis wendet (238). Einen Weg aus dem „Paradox der Institutionalisierung“ freilich kann Stammers bestenfalls in Umrissen weisen: Die Hoffnung, der Spagat zwischen „der Welt der Institutionen und jener des Alltags“ sei eine spezifische Fähigkeit „sozialer Bewegungen und ‘ihrer’ Organisationen“ (247) negiert letztlich die Problematik einer schier unausweichlichen Institutionalisierung und erinnert fatal an eine klassische Formulierung: „Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als *umwälzende Praxis* gefaßt und rationell verstanden werden“ (Marx, These 3 ad Feuerbach). Auch dies wurde oft genug

eher als Versprechen denn als Ausdruck eines Dilemmas verstanden.

Dennoch: Stammers hat ein anregendes und aktuelles Buch vorgelegt, das dazu beitragen kann, mit wesentlichen, strategischen Missverständnissen über Menschenrechte aufzuräumen. Ihre Historisierung und damit ihre nachdrückliche Einbindung in die Geschichte sozialer Bewegungen und Kämpfe ist allemal ein großes Verdienst, weil sie allzu billigen Kulturrelativismus nachhaltig konterkariert. Zu bedauern bleibt die nachlässige Präsentation: zahlreiche Sekundärzitate, häufige Missachtung der Kongruenzregel. Die Lektüre könnte ohne solche Unarten mehr Spaß machen; lohnend ist sie allemal.

Reinhart Kößler

Rheinisches JournalistInnenbüro
& Recherche International e.V.
(Hg.): *Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Unterrichtsmaterialien zu einem vergessenen Kapitel der Geschichte*. Köln: Rheinisches JournalistInnenbüro 2008, 224 Seiten

Nachdem 2005 das Buch „*Unsere Opfer zählen nicht*“ – *die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg* erschienen ist, hat das Rheinische JournalistInnenbüro das Material für den Unterricht aufgearbeitet und liefert dazu einen umfangreichen Band mit Erläuterungen, didaktischen Kommentaren, Fotos, Quellen und einer CD. Es geht um die Einbindung der Menschen in den kolonisierenden Krieg, der sie zu Tätern und Opfern gleichzeitig machte, ohne dass auch nur ein Hauch davon Eingang in unsere „nordatlantische“ Geschichtsschreibung gefunden

hätte. Es geht in diesem „Schulbuch“ um Erinnerungspolitik im besten Sinne.

Angelehnt an die vorangegangene Publikation werden sinnvollerweise geografisch Afrika, Asien und Ozeanien unterschieden, wobei eine tabellarische Übersicht am Anfang des Buches hilfreich die chronologische Gleichzeitigkeit der historischen Abläufe darstellt. Im Zentrum der didaktischen Begründung steht die längst überfällige Problematisierung einer eurozentristischen Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg, zum einen im Hinblick auf die Periodisierung – Kriegsbeginn 1939, die Autoren legen schlüssig dar, dass man 1935 einsetzen müsste, als Italien Äthiopien besetzte; zum andern im Blick auf das Ausmaß des Krieges gemessen am Kriterium seiner Opfer: 21 Millionen Menschen starben in Asien, so viele wie in Europa, ohne dass jemals ein Wort darüber verloren worden wäre.

Eingeleitet werden die Kapitel in den Materialien jeweils durch einen poetischen Text, eine Zeittafel, eine Fotogalerie und ein Portrait. Die jeweiligen Unterkapitel behandeln wesentliche Aspekte des Themas, enthalten die wichtigsten historischen Fakten und sind ergänzt um einen gesonderten Quellenteil. Dazu gehören Berichte von Augenzeugen und Historikern aus der Dritten Welt, Dokumente von (Kolonial-)Behörden und Militärs, Erklärungen von Politikern und Widerstandsbewegungen, Karikaturen, Plakate und Fotos. „Hinweise für den Unterricht“ geben Orientierung für den Einsatz der Quellen, und abschließende „Fragestellungen“ enthalten konkrete Aufgaben- und Problemstellungen sowohl zur Erarbeitung des Materials als auch zur weiterführenden Diskussion und Vertiefung des Themas. Jedes

Unterkapitel ist in sich abgeschlossen und kann so problemlos mit anderen kombiniert werden. Der Anhang enthält Ideen, wie das Thema abwechslungsreich und unter aktiver Beteiligung der Schülerinnen und Schüler im Unterricht erarbeitet werden kann.

Der gesamte Text dieser Unterrichtsmaterialien befindet sich als PDF-Datei auf der beiliegenden CD, so dass die Möglichkeit besteht, je nach Bedarf Texte, Quellen, Fotos usw. zusammenzustellen und auszudrucken.

Der Band besticht durch seine äußerst sorgfältige Auswahl der Quellen und Fotos, die überzeugend die eurozentristische Sichtweise auf den 2. Weltkrieg darlegen und perspektivisch problematisieren. Das Material ist anwendungsfreundlich gekürzt und damit für den sofortigen Einsatz brauchbar. Für die Oberstufe wären sogar längere Quellenauszüge denkbar gewesen, die die Lehrkraft aber durch die gut aufbereiteten Quellennachweise selbst nachliefern kann. Jede Seite ist in sich als Kopiervorlage konzipiert, ideal für eine schnelle Übernahme, die aber gleichzeitig nicht zwingend ist (siehe CD). Die Augenzeugenberichte kommen den Schülerinnen und Schülern entgegen, weil sie einerseits leicht verständlich und interessant sind und andererseits ihnen den Perspektivwechsel ermöglichen, der besonders bei diesem Thema besonders notwendig ist. Die Geschichte wird somit aus der Perspektive eines Vertreters der Kolonialmächte und eines Kolonisierten dargestellt. Diese Kontrastierung wird konsequent durchgehalten, sowohl in Bezug auf zeitgenössische Quellen als auch auf aktuelle Positionen. Dadurch sind die Schülerinnen und Schüler ge-

zwungen, Kriterien der Beurteilung zu entwickeln, und werden befähigt, eine eigene Stellungnahme abzugeben.

Die Behandlung dieses Themas im Unterricht, schreiben die Autoren, sei längst überfällig. Ich stimme dem zu, und das Autorenkollektiv schuf dazu die notwendigen Voraussetzungen. Die Möglichkeit, sei es auch nur einen kleinen Teilbereich aus dem Material in der Schule einzusetzen, ist durch dieses Werk auf jeden Fall gegeben. Das Buch stellt eine Pionierarbeit dar, im Kontext einer globalisierten Welt zu lernen, global zu denken, und das heißt auch, historische Abläufe, die Geschichte aller Menschen global wahrzunehmen und zu verstehen.

Barbara Imholz

Friederike Habermann: *Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation*. Baden-Baden: Nomos 2008, 320 Seiten

Das Buch ist eine kritisch-theoretische Intervention und eine Einführung in linke Theorieentwicklung zugleich. Ausgangspunkt von Friederike Habermanns Überlegungen ist die Frage, wie die Verschränktheit der Herrschaftsverhältnisse – sie untersucht vor allem Kapitalismus, Rassismus und Sexismus – theoretisch gefasst werden kann. Auch wenn es verschiedene Versuche gibt, diese Verschränktheit ernst zu nehmen, werden diese in den meisten Arbeiten zumeist als additive Herrschaftsverhältnisse (+ Klasse + Rasse - Geschlecht) entspricht dann z.B. einem 'reichen', 'weißen' und 'weiblichen' Subjekt verstanden. Eine solche (intersektionale)

Herangehensweise ist allerdings äußerst unbefriedigend. Denn hierbei wird impliziert, dass sowohl Herrschaftsverhältnisse wie auch Lebensweisen und Identitäten eindeutig voneinander isolierbar wären (vgl. S.24f.).

Immerhin gehen diese Herangehensweisen über die meisten marxistischen Theorieansätze hinaus, die häufig implizit (und interessanterweise verstärkt wieder explizit) die anachronistische Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenwiderspruch hervorholen. Trotz anderslautender Bekundungen werden hierbei Sexismus und Rassismus zwar (manchmal) als eigenständige Herrschaftsverhältnisse gesehen. Jedoch werden sie als immer schon durch den Kapitalismus überformt verstanden, der selbst wiederum von diesen Verhältnissen seltsam unberührt bleibt.

Während sich insbesondere marxistische und neo-marxistische Theorien mit einer Kapitalismusanalyse beschäftigen, gibt es verschiedene postkoloniale Theoriestränge, die der Unterdrückung von *people of colour* nachgehen. Feministische Theorien haben patriarchale Herrschaftsverhältnisse analysiert. Auch wenn es immer wieder zu Überschneidungen zwischen diesen Theorien kam, wurden sie bislang nicht systematisch zueinander in Beziehung gesetzt.

Genau an dieser Stelle setzt nun Habermann an. Ihre These lautet, dass sich die Verwobenheit der Herrschaftsverhältnisse in den einzelnen Identitäten ausdrückt. Um die Herrschaftsverhältnisse angemessen analysieren (und kritisieren!) zu können, bedarf es eines entsprechenden Ansatzes, der das Subjekt als Ausgangspunkt der Analyse nimmt. Zugleich muss es darum gehen,

„die bisherigen Verkrustungen zwischen den Theorien zu überwinden“ (S. 12).

Als Grundlage für eine Verflechtung der verschiedenen Theoriestränge nimmt Habermann den Hegemoniebegriff Antonio Gramscis. Dieser beinhaltet eine Auffassung von Macht, die vor allem auf der Fähigkeit beruht, die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen als u.a. politische, kulturelle und sozio-ökonomische Strukturen zu universalisieren. Hierbei geht es daher weniger um ein politisches Bündnis der führenden gesellschaftlichen Gruppen als um die gesellschaftliche Universalisierung einer (partikularen) Ideologie und damit auch um die hegemoniale Konstruktion von bestimmten Identitäten. Nicht integrierbare Interessen und Identitäten müssen, notfalls mit Gewalt, unterdrückt oder ausgeschlossen werden.

Habermann spürt dem Hegemoniebegriff in verschiedenen Theorieansätzen nach. Angefangen von neomarxistischen, regulationstheoretischen und neogramscianischen Konzepten, geht sie über zu dessen Verwendung bei Michel Foucault und Jacques Derrida. Die poststrukturalistische Synthese dieser Ansätze findet sie bei Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, die u.a. die These aufstellen, dass *alle* sozialen Beziehungen und Identitäten einen politischen Ursprung haben. Soziale Handlungen und Identitäten bilden sich heraus, indem über hegemoniale Auseinandersetzungen bestimmte Handlungen und Beziehungen privilegiert und andere unterdrückt werden.

Diesen Ansatz ergänzt Habermann nun sowohl mit der postkolonialen Theorie Stuart Halls als auch mit der postfeministischen Theorie Judith

Butlers. So entwickelt sie in ihrem Buch Stück für Stück einen Entwurf, den sie selbst als eine subjekttheoretisch fundierte Hegemonietheorie bezeichnet. Hierbei wird nicht nur deutlich, dass ein solcher Ansatz nicht im Widerspruch zu einer historisch-materialistischen Hegemonietheorie stehen muss. Vielmehr ist das Buch auch ein Angebot und eine Aufforderung zur Kommunikation zwischen den – und zum *queeren* von – Theoriesträngen und -traditionen, die viel zu lange getrennt voneinander entwickelt und gedacht wurden.

Anwendung finden die Überlegungen von Habermann in der systematischen Aufarbeitung des Leitbilds des *homo oeconomicus* in der Wirtschaftstheorie. Auch untersucht sie, wie dieses Leitbild in den Identitätskonstruktionen innerhalb der westlichen Hemisphäre hegemonial geworden ist und sich durch verschiedene Globalisierungsprozesse weltweit in vielen Gesellschaften durchsetzte.

Habermanns Buch stellt nicht nur eine inspirierende Einführung in die – und eine Kritik an den – spannendsten Theorien unserer Zeit dar. Es zeigt zugleich auf, in welche Richtung ein kritischer linker Theorieansatz heute gehen kann, der Theoriearbeit als politische Praxis begreift und bei ihr immer auch im Zusammenhang mit politischem Aktivismus steht. In dem Buch wird die Lebendigkeit eines solchen Ansatzes deutlich: Emanzipation nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern als lebendige Praxis. Insofern schließe ich mich Habermanns Forderung unumwunden an: „Queeremos!“

Joscha Wullweber

Luciano Canfora: *Die Freiheit exportieren – Vom Bankrott einer Ideologie*. Köln: PapyRossa 2008 (= Neue Kleine Bibliothek, Bd. 127), 101 Seiten

In der derzeitigen internationalen Konjunktur praktizieren die Regierungen der westlichen Welt beim Versuch, ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen durchzusetzen, eine Banalisierung der Ideen von Freiheit und Demokratie. Vor diesem Hintergrund zeigt das Buch von Luciano Canfora, was die Geschichte zu sagen hat über die verschiedenen Versuche, eine bestimmte Vorstellung von Freiheit zu exportieren. Angefangen mit dem Peloponnesischen Krieg (431-404 v.Chr.) über die napoleonische Zeit, den II. Weltkrieg sowie die ungarische Krise von 1956 bis zu den jüngsten Entwicklungen in Afghanistan und im Irak gelingt dem Autor, ohne Oberflächlichkeit in zusammengefasster Form das Versagen der „Ideologie“ („Mythos“ im italienischen Original) solcher Versuche hervorzuheben, indem er zeigt, wie die versprochene Freiheit sich in ihr Gegenteil umkehrt: in eine neue Form der Unterdrückung und Unterwerfung.

Dies geschehe, weil sich hinter dem Programm des „Exports“ von „Idealen“ oder „politischen Modellen“ in Wirklichkeit „Machtsprüche“ des Exporteurs versteckten (74). Sei es eine Gemeinde, ein Staat oder eine Nation, der Exporteur betrachte seine Tätigkeit als einen neuerlichen Sieg für die Bestätigung seiner Herrschaft, die sich nun durch expansionistische Ansprüche kennzeichne. Aber neben dieser zentralen These erwähnt der Autor eine andere, die der ersten widerspricht: Das „Modell“ könne

einmal *manu militari* exportiert werden, aber nicht zweimal (46f). Darüber hinaus gebe es in impliziter Form eine andere Möglichkeit, auch die im Widerspruch zur Hauptthese: ein Export von Freiheit nicht mit militärischen Mitteln, sondern als Resultat von politischem, wirtschaftlichem, ideologischem Druck aufgrund der asymmetrischen Herrschaftsbeziehungen zwischen Ländern oder Völkern. Außerdem ist Canfora bezüglich der Invasion von Vietnam in Kambodscha in den Jahren 1978/1979 der Ansicht, sie habe einem „humanitären Imperativ“ (57f) entsprochen, um die Massaker der Regierung der Roten Khmer an einem großen Teil seiner Bewohner zu stoppen. Das wirft eine Frage auf: Wie kann man einen „humanitären Imperativ“ definieren angesichts der realen asymmetrischen Beziehungen zwischen den Staaten, um zu verhindern, dass dieser „Imperativ“ nur ideologisch benutzt wird? Die Analyse des Autors bietet keine Anhaltspunkte für eine Antwort auf diese Frage.

Diese Schwierigkeiten im Text des italienischen Philologen werfen andere Fragen auf. Eine betrifft das Problem der Analogie zwischen den verschiedenen historischen Fakten, die der Autor anführt, einschließlich verschiedener Typen von Gesellschaften von der Griechischen Antike bis zur heutigen Zeit. Um Missverständnisse zu vermeiden, hätte der Autor die Eigenheit des jeweiligen Einzelfalls besser erläutern, d.h. nicht nur ihre Ähnlichkeiten, sondern insbesondere ihre Unterschiede deutlicher machen müssen. Mit dieser Problematik steht die andere Frage im Zusammenhang. Sie bezieht sich darauf, dass die Idee von Freiheit für jede Nation, Nationalität, Ethnie oder Minderheit

und sogar in Bezug auf den historischen Kontext sehr unterschiedlich sein kann. Um ein Beispiel aus dem Buch zu geben: die sowjetische Invasion in Afghanistan im Jahr 1979 verursachte eine Flucht eines Großteils der Bevölkerung, der die Laisierung ihres Landes nicht akzeptierte – so flohen 3,5 Millionen Afghanen nach Pakistan, 2 Millionen in den Iran; dies entsprach 1/3 der Bevölkerung (60). Das zeigt, dass die Idee der Freiheit für diejenigen, die das Land verlassen hatten, anders aussah als für die laizistische Regierung. Selbst wenn man eine allgemeine Definition von Freiheit für möglich hält, vernachlässigt Canfora die Entstehung von unterschiedlichen und spezifischen Auffassungen über sie, je nach historischen, gesellschaftlich-politischen, kulturellen und religiösen Kontexten.

Das Buch stellt eine Anklage gegen den sich mit der Rhetorik der Befreiung tarnenden Expansionsdrang nicht nur der USA, sondern auch anderer kapitalistischer Mächte dar. Trotz dieser Probleme bietet es auch Anlass für die Vertiefung der Debatte über wichtige Fragen im Zusammenhang mit der Souveränität und der Unabhängigkeit von Völkern und Nationen. Neben den bereits erwähnten hebe ich hervor: 1. die Frage der „friedlichen Koexistenz“ zwischen den großen kapitalistischen Staaten, vor allem, wenn sie bestrebt sind, ihre imperialistischen Absichten durchzusetzen (15, 19); 2. das Verhältnis zwischen internen und externen Faktoren bei der Erringung der Unabhängigkeit von Nationen (21); 3. das „vergessene“ Recht auf Selbstbestimmung der Völker, Nationen, Nationalitäten und Ethnien.

Luciano Cavini Martorano

Jason Glynos & David R. Howarth:
*Logics of Critical Explanation in
Social and Political Theory*. London
u.a.: Routledge 2007, 264 Seiten

Das Buch von *Jason Glynos* und *David R. Howarth* kann als eloquente Ausarbeitung einer kritischen Theorie der Methodik (Methodologie) wie auch als politische Intervention und damit als der Versuch gesehen werden, ein vorherrschendes und, wie die Autoren betonen, verkürztes Verständnis von sozial- und politikwissenschaftlichem Arbeiten zu dekonstruieren. Beide Autoren sind u.a. Schüler von Ernesto Laclau und waren maßgeblich am Aufbau der Essex-Schule für Ideologie- und Diskursanalyse beteiligt. Als solche fokussieren die Autoren vor allem auf die Reproduktion und Veränderung hegemonialer Ordnungen und Praktiken bzw. auf die Entwicklung einer theoretischen „Grammatik“ zur Analyse der Frage, wie bestimmte politische Projekte und soziale Praktiken hegemonial werden.

Hierbei werden positivistische Erklärungen wie Rational-Choice Ansätze und spieltheoretische Annahmen innerhalb der Geisteswissenschaften kritisiert, da diese davon ausgehen, naturgesetzmäßige und ahistorische Modelle sozialen Handelns entwickeln zu können, und dabei einem naiven Glauben an die Objektivität der Dinge anhängen. Gleichzeitig werden Ansätze abgelehnt, die sich nur auf die Selbstwahrnehmung der Subjekte stützen und sich jeglichen Verallgemeinerungen widersetzen. Auch wird Sichtweisen eine Absage erteilt, die – in der Tradition Kants – meinen, Fakten und Analyse scharf von Kritik und normativen Fragen trennen zu können, indem die (scheinbare) Wertneutralität

geisteswissenschaftlicher Untersuchungen hoch gehalten wird. Dem wird ein kritischer Theorieansatz gegenüber gestellt, der eine Trennung von ForscherIn und Untersuchungsobjekt für unmöglich hält und sich von Anfang an auch als emanzipatorische Praxis versteht.

Der von Glynos und Howarth entwickelte Ansatz fußt auf einer Ontologie, die von TheoretikerInnen wie Lacan, Foucault, Wittgenstein, Derrida und natürlich Laclau & Mouffe beeinflusst wurde. Diese basiert auf der Annahme einer essentiellen Instabilität und damit einer Kontingenz, Historizität und Prekarität sozialer Strukturen. Eine solche Sichtweise ermöglicht die Betonung des konstruierten und damit politischen Charakters sozialer Objektivität. Hierbei soll die Selbstwahrnehmung sozialer Akteure ernstgenommen und gleichzeitig die Analyse nicht auf subjektive Sichtweisen reduziert werden. Es wird also ein Ansatz vorgestellt, der ein bestimmtes methodologisches Analyseraster mit einem bestimmten Grad an Allgemeingültigkeit entwickelt und zugleich die Spezifität jeder empirischen Untersuchung respektieren soll.

Hierfür machen Glynos und Howarth den Begriff der Logik stark. Eine Logik ist einerseits immer historisch spezifisch, existiert also nicht unabhängig vom historischen, sozio-politischen Kontext und beschreibt zugleich ein über diese Spezifität hinausgehendes allgemeines Muster (eine „Grammatik“). Drei allgemeine Formen von Logiken – soziale, politische und phantasmatische – werden ausgearbeitet. Die dieser Unterscheidung zugrunde liegende These lautet, dass das Politische und das Soziale nicht eindeutig voneinander trennbare Bereiche sind. Alle sozialen Beziehungen

haben einen politischen Ursprung: Soziale Handlungen und Beziehungen bilden sich heraus, indem über hegemoniale Kämpfe bestimmte Handlungen und Beziehungen privilegiert und andere unterdrückt werden. In dem Moment, in dem sich bestimmte Handlungen gegenüber konkurrierenden durchsetzen und hegemonial werden, gerät der ursprünglich politische Charakter dieser Handlungen über die Zeit in Vergessenheit. Den Begriff der phantasmatischen Logik leiten die Autoren hingegen von Lacans Begriff der *jouissance* (in etwa: Genuss, Freude) ab. Mit ihm soll die treibende Kraft von Handlungen erklärt werden, also die Frage, wieso bestimmte Praxen und Handlungsregime von den Subjekten angenommen werden und über einen bestimmten Zeitraum relativ stabil bleiben. Im Bereich des Sozialen hat die Logik der Fantasie eine stabilisierende Wirkung, indem der natürliche Charakter einer sozialen Ordnung betont wird, während diese Logik politischen Praxen eine bestimmte Richtung und Kraft gibt.

Ihre grundlegende Forschungsmethode bezeichnen sie als Artikulation, verstanden als ein In-Beziehung-Setzen von Empirie und Theorie. Diese setzt sich aus fünf Schritten zusammen: Problematisierung des Gegenstands; Entwicklung einer retroduktiven Erklärung (als Alternative zu deduktiven und induktiven Erklärungen); Herausarbeiten von konkreten Logiken; konkrete Artikulation von spezifischer Empirie und Theorie und schließlich die Ausarbeitung einer kritischen (und damit auch normativen und ethischen) Bewertung der Ergebnisse.

Insgesamt ist der Band ein gelungenes Werk, das die untrennbare Einheit

von Theorie, Methodologie und Praxis überzeugend und mittels vieler empirischer Beispiele anschaulich darstellt. Die schwierigen diskurstheoretischen Begriffe und der nicht immer ganz eingängige dekonstruktive Jargon werden auch Nicht-Eingeweihten verständlich erklärt, ohne die komplexen theoretischen Annahmen zu versimplifizieren. Nur der Begriff der phantasmatischen Logik ist nicht überzeugend. Weder kann erklärt werden, woher diese treibende Kraft kommt, noch, warum sie immer eine stabilisierende Wirkung haben soll. Während die Autoren mit diesem Begriff richtigerweise betonen wollen, dass die Kontingenz immer eine eingeschränkte Kontingenz ist, wird zur Erklärung dieser Einschränkung unnötigerweise ein transzendentes Prinzip eingeführt. Hier sind die Arbeiten von Bob Jessop und insbesondere sein Begriff der strategischen Selektivität überzeugender.

Alles in allem handelt sich bei diesem Buch um eine viel versprechende, umfassende und äußerst innovative Ausarbeitung einer Methodologie, die eine überzeugende Alternative zu positivistischen und hermeneutischen Ansätzen bietet.

Joscha Wullweber

Dieter Boris, Therese Gerstenlauer, Alke Jenss, Kristy Schank & Johannes Schulten (Hg.): *Sozialstrukturen in Lateinamerika. Ein Überblick*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2008, 339 Seiten

Mit dem Linksruck haben soziologische Analysen zu Lateinamerika wieder eine Konjunktur. Vernachlässigt wurde allerdings die Auseinandersetzung mit den Veränderungen in den Sozialstrukturen

lateinamerikanischer Gesellschaften, die v.a. mit der der neoliberalen Wende seit den 1980er Jahren einhergingen. Die Herausgebergruppe um den Marburger Soziologen Dieter Boris versucht, diese Lücke zu schließen. Sie geht programmatisch von einer marxistischen Klassenanalyse aus, die sich erstens der „zentralen ökonomisch bestimmten Spannungs- und Spaltungslinien“ verschert, um dann zweitens gesellschaftliche Gruppen und Sektoren an diesen auszurichten, die ihrerseits in Hinblick auf ihre Kapitalausstattung (durchaus im Sinne Pierre Bourdieus), spezifischer kulturelle Muster und Lebensstile untersucht werden. (11f) Erklärtes Ziel ist es über die Beschreibung hinaus, ein prognostisches Werkzeug zur Bestimmung und Erklärung tagespolitischer, konjunktureller sowie mittel- und längerfristiger Entwicklungstendenzen zu schaffen.

Die hieran anschließenden weitreichenden Fragestellungen, gerade auch in Hinblick auf das Verhältnis zu kulturell-politischen oder diskursanalytischen Ansätzen, werden zu Recht aufgeworfen, aber in den Folgekapiteln nicht vertieft. Zudem wäre ein kritisches Eingehen auf theoretische Konzepte (Lebensstile, Milieus) und Methodenfragen (Tendenz zur Reduktion auf Einkommensklassen, beschränktes Datenmaterial, etc.) wünschenswert gewesen. In dem programmatischen Einleitungskapitel gibt Dieter Boris den *state of the art* zur Sozialstrukturanalyse in Lateinamerika wieder und zeichnet die historischen Entwicklungstendenzen lateinamerikanischer Sozialstrukturen nach.

Besonders hervorzuheben an dem Band sind die großteils gut gewählten Einzelstudien zu spezifischen sozialen Gruppen und Klassen, die die

Sozialstrukturen lateinamerikanischer Gesellschaften prägen. Dabei stehen in dem ersten Kapitel zunächst die Veränderungen der Klassenstrukturen im Zentrum des Interesses, wobei spezifische Klassen und Gruppen wie die herrschende Klasse, die Technokratie, die Mittelschichten, und die urbane Arbeiterklasse (sowohl formelles als auch informelles Proletariat) betrachtet werden. Die Soziologin *Maristella Svampa* widmet sich den Veränderungen in der herrschenden Klasse Argentiniens, und verfolgt den Aufstieg neuer Segmente, die eng mit dem Peronismus neoliberaler Ausrichtung unter Carlos Menem verbunden waren. Sie analysiert mit den agro-industriellen Unternehmern ein spezifisches Segment der herrschenden Klassen, das sich im Kontext der ökonomischen Deregulierung und der damit einhergehenden De-Industrialisierungs, Konzentrations- und Internationalisierungsprozesse Mitte der 1990er Jahre mit Rückgriff auf Biotechnologien ausbildete. In Anlehnung an Pierre Bourdieu arbeitet Svampa besonders auch die kulturellen Dimensionen der neuen Sozialstruktur heraus. So konnten die Oberschichten ihre dominante Position sichern, indem sie mit ihrem „historischen Gegner“ (63), dem Peronismus, neue Allianzen schlossen und „neureiche“ Aufsteiger integrierten. Dabei wirkten weniger Prozesse sozio-kultureller Distinktion, als die „euphorische Suche nach Momenten der Ähnlichkeit“ (63). Svampa konstatiert gar eine „kulturelle Mimesis“ der Eliten, die sich von dem ostentativen Stil der Neureichen angezogen fühlten. Dennoch sind mit der Flexibilisierung von Zugangsbedingungen zu den elitären Country-Clubs sowie der Bestätigung und Neuerfindung des

ländlich-ruralen Lebensstils der Oligarchie auch Distinktions-Marker zu finden. Letzteres setzt Svampa auf spannende Weise in Bezug zu den sozialräumlichen Dynamiken mit der Ausbildung von geschlossenen Wohnanlagen, die „idyllische Ländlichkeit“ (67) als Distinktionsmerkmal zum Ausdruck bringen.

Ebenfalls am Beispiel Argentiniens setzen sich *Gabriel Kessler* und *María Mercedes Di Virgilio* mit dem rezenten Phänomen der „neuen Armut“ bzw. den Verarmungstendenzen der Mittelschichten in Lateinamerika auseinander. Strukturell ist diese verbunden mit der Schuldenkrise der 1980er Jahre, den nachfolgenden Strukturanpassungsprogrammen, der Reduktion des öffentlichen Sektors und den Arbeitsmarktreformen der 1990er. Kessler und Di Virgilio argumentieren, dass die „neuen Armen“ eine „hybride Schicht“ darstellen, da sie kulturell und sozial eine Nähe zu den mittleren Sektoren aufweisen, sich aber in Hinblick auf Einkommen, Beschäftigungsverhältnisse und soziale Sicherung von diesen unterscheiden und den „strukturell Armen“ annähern. (104) Im Gegensatz zur „strukturellen Armut“ bilden sich mit der „neuen Armut“ hingegen keine einheitlichen sozialräumlichen Muster aus, vielmehr ist sie in der Stadt verstreut. Auch ist die Erfahrung und der alltägliche Umgang mit Armut gerade auf Grund der kulturellen Muster und der sozialen Biographie verschieden und oftmals schwieriger, da es keine gemeinsam geteilte Erfahrungen und Muster zum Umgang mit der neuen Situation gibt, und stattdessen sozial geteilte Ideologien, wie des Fortschritts, angezweifelt werden. Mit Rückgriff auf Bourdieu analysieren die Autoren den Einsatz von kulturellem und sozialem

Kapital im Umgang mit Armut, wobei sie zu dem ambivalenten Ergebnis kommen, dass beide Kapitalien zwar an Bedeutung gewinnen, dass aber die „Konvertibilität“ auf Grund des instabilen sozialen Kontextes keinen einheitlichen und verlässlichen Regeln unterliegt, so wie es Bourdieu für die französische Nachkriegsgesellschaft annahm. Wegen der kulturellen Distinktion ist ein Aufgehen der verarmten Mittelschichten in die Klasse der „strukturell Armen“ unwahrscheinlich, stattdessen greifen sie zunehmend die sozialwissenschaftliche Fremdbeschreibung als „neue Arme“ zur Selbstbeschreibung für den erfahrenen sozio-ökonomischen Ausschluss aus der Mittelschicht auf. (112f).

In einem zweiten Teil folgen Studien zu nicht-klassenförmigen, horizontalen sozialstrukturellen Kategorien wie Gender, Ethnizität (Indigenität) und Alter (Jugend). Die Soziologinnen *Amy Bellone Hite* und *Jocelyn Viterna* nehmen das geschlechtsneutral konzipierte Modell lateinamerikanischer Klassenstrukturen von Portes und Hoffman zum Ausgangspunkt, um die Intersektion von Klasse und Geschlecht zu fokussieren. Dabei arbeiten sie heraus, dass sich die objektiven Klassenpositionen von Frauen und Männern in den letzten beiden Dekaden neoliberaler Reformen eher angenähert haben. Vor allem im formellen Proletariat (v.a. Industriearbeiter) und Kleinbürgertum erhöht sich der Anteil von weiblicher Beschäftigung, während der Anteil von Männern im informellen Sektor anstieg. Doch – so streichen die Autorinnen heraus – wurde diese Annäherung nicht durch eine Verbesserung der Stellung der Frauen verursacht, „sondern eher dadurch, dass Männer die ‘Klassenleiter’ herunterfielen“ (189).

Ähnliches gilt für die Angleichung der Gehälter, die eher auf dem Rückgang von Gehältern der Männer beruht, sowie die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Somit, so die Autorinnen, betreffen die Veränderungen in der Sozialstruktur vor allem die Männer und weniger die Frauen.

Qualitativ fällt vor allem der Beitrag zu indigenen Sektoren von *Fabiola Escárzaga* ab, wozu auch die schlechte Übersetzung des Artikels ihren Beitrag leistet. Zunächst ist hier keine systematische Bezugnahme auf die Artikulation von Klasse und Ethnizität zu finden, obwohl dies in einschlägigen Studien (u.a. der Weltbank) bereits ein zentrales Thema darstellt. Die Autorin laviert zwischen verschiedenen – oft recht vereinfachenden Erklärungsmodellen zur Emergenz der indigenen Frage. Mal sind die forcierten kapitalistischen Akkumulationsprozesse Auslöser der indigenen Bewegungen, dann werden die indigenen Bewegungen – fast verschwörungstheoretisch – als Gruppen betrachtet, die im Einklang mit internationalen Organisationen wie der UNO (sic!) die neoliberale Globalisierung befördern, indem sie die Nationalstaaten schwächen. (196) Unklar ist hier, welche Nationalstaaten die Autorin denn in den 1970er und 1980er Jahren konkret meint: Etwa die lateinamerikanischen Militärdiktaturen, oder die „perfekte Diktatur“ der PRI? Bei der Betrachtung indigener Völker tendiert die Autorin zudem zu Essentialisierungen und geodeterministischen Simplifizierungen. So sieht sie in den „extremen klimatischen Bedingungen“ im Andenhochland den Grund für komplexe Organisationsformen und ein Gefühl „ethnischer Zugehörigkeit

in den Andenländern“ (202). Die Autorin verfällt in einen „Pan-Andinismus“ nach dem alle Anden-Kulturen unabhängig von Region und Zeit einer einheitlichen kulturellen Matrix unterliegen würden. Das behauptete „Verschwimmen nationaler Grenzen“ und die „Idee der Rekonstruktion der alten politischen Einheit“ (203) mag für den Indianismus von Felipe Quispe, einem bolivianischen Aymara-Führer zutreffen, nicht aber für alle Organisationen im Andenraum.

In einem dritten Teil des Buches werden mit der Problematisierung von transnationaler Migration, urbanen Agglomerationen sowie ländlichen Gebieten räumliche Aspekte der sich wandelnden Sozialstruktur aufgegriffen. Der Sozialgeograph *Christof Parnreiter* arbeitet am Beispiel lateinamerikanischer Megastädte die fragmentierte sozial-räumliche Gliederung heraus, die zunehmend kleinräumiger wird und durch das Aufeinandertreffen großer sozio-ökonomischer Gegensätze gekennzeichnet ist. Den von Konservativen als auch von Linken wie Mike Davis in der *Planet der Slums* vorgebrachten Katastrophenszenarien angesichts der zunehmenden Verstädterung der Welt, setzt Parnreiter eine differenzierte Argumentation entgegen, die die lokal spezifischen und durchaus unterschiedlichen urbanen Prozesse in den Blick nimmt. Dabei erkennt er trotz der Verarmungstendenzen auch die Verbesserungen in der urbanen Infrastruktur an und hebt vor allem die historische Dimension der Urbanisierungsprozesse und deren Ursprung in Prozessen der Importsubstituierenden Industrialisierung hervor.

Hieran schließt der Beitrag von *Christóbal Kay* an, der sich mit

den ländlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen nach der neoliberalen Wende auseinandersetzt. Er konstatiert ein Verschwinden der Grenzen zwischen dem Urbanen und dem Ruralen, da zum einen viele Landarbeiter in urbanen Gebieten wohnen und zur saisonalen Arbeit auf das Land fahren, während zum anderen viele Migranten aus ländlichen Räumen zu einer „Verländlichung“ der Stadt beigetragen haben. Dabei ist in den letzten Jahrzehnten ein massiver Prozess der Semi-Proletarisierung von Bauern zu beobachten. Trotz aller Krisenszenarien bescheinigt Kay der lateinamerikanischen Bauernschaft ein großes Beharrungsvermögen, wobei in Lateinamerika die Landfrage weiterhin ein Zentralproblem bleibt.

Das von dem Herausgeberquartett verfasste Abschlusskapitel greift die theoretische Diskussion in Hinblick auf politische Organisationsprozesse auf. Es kann dabei als Einlösung des im Eingangskapitels formulierten prognostischen Anspruchs gelesen werden. Den Anspruch ein Lehrbuch zu sein, löst der Band wegen der meist nur impliziten Diskussion von Konzepten, Theorien und Methoden nicht umfassend ein. Dennoch handelt es sich um einen spannenden Sammelband, der die bisher wenig beachtete Frage der sozialstrukturellen Veränderungen aufwirft. Bemerkenswert an dem Band ist die Fülle differenzierter Studien und Analysen zu den Transformationen der Sozialstrukturen in Lateinamerika, die gerade auch von lateinamerikanischen WissenschaftlerInnen verfasst wurden.

Olaf Kaltmeier

David Fitzgerald: *A Nation of Emigrants. How Mexico Manages its Migration*. Berkeley, Los Angeles & London: University of California Press 2009, 243 Seiten

Auf einer Party von US-Diplomaten zum Gegenstand seines Buches befragt, bekommt der Autor hämisch zu hören: „Über die mexikanische Emigrationspolitik? – Die gibt es doch nicht!“ Diese Sichtweise ist typisch, sowohl in Mexiko als auch in den Vereinigten Staaten von Amerika. Zumeist wird auf die US-amerikanischen Anstrengungen zur Verhinderung von Migration geschaut und auf mexikanischer Seite eine Nicht-Politik des *laissez-faire* angenommen. Und doch, Fitzgeralds Studie zeichnet die sehr kreative und ausgeklügelte, wenn auch nicht immer ganz erfolgreiche Auswanderungs- und Ausgewandertenpolitik des mexikanischen Staates nach. Dabei gelingt es dem Autor anhand ethnographischer Beobachtungen in zwei kleinen Regionen des nördlich von Mexiko Stadt gelegenen Bundesstaates Jalisco – einer der klassischen Herkunftsstaaten mexikanischer MigrantInnen in den USA –, verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen, die auch für andere Länder gelten (können), die sehr hohe Emigrationsraten aufweisen.

Fitzgeralds These lautet, dass der mexikanische Staat das Verhältnis von Regierung, Territorium und Bevölkerung neu justieren muss, will er sich an den Dauerzustand hoher Emigrationsraten anpassen und nicht den Kontakt zu seinen Staatsbürgern verlieren. Der mexikanische Staat habe dabei von der Katholischen Kirche gelernt, die schon viel länger ihre Mitglieder freiwillig an

sich zu binden und zu verwalten weiß, obgleich sie über Staatsgrenzen hinweg leben bzw. es keinen Zwangszugriff auf die Mitglieder gibt (siehe bspw. Kapitel 3). Ziele des Staates sind dabei, die statistische Erfassung der abwesenden Bevölkerung sowie die nationale Loyalität über den Zeitraum der Abwesenheit aufrechtzuerhalten und nicht zuletzt, die MigrantInnen als Ressourcen zu nutzen, also einen Teil der Rücküberweisungen dem staatlichen Budget zukommen zu lassen und über sie als ethnische Lobby im Zielland außenpolitischen Einfluss geltend zu machen. Um diese Ziele zu erreichen, muss ein Staat es schaffen, sowohl MigrantInnen an sich zu binden, die nur für eine kurze Zeit das Land verlassen als auch diejenigen, die dauerhaft migrieren und sogar die Staatsangehörigkeit wechseln. Die staatlichen Strategien Mexikos umfassen u.a. die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, des Wahlrechtes in Abwesenheit, das Ausstellen von Identifikationsausweisen durch die Konsulate für undokumentierte MexikanerInnen in den USA (*matricular consular*) und den Einsatz des mexikanischen Präsidenten für die Legalisierung undokumentierter MexikanerInnen in den USA.

Der Autor wählt fünf Schwerpunkte anhand derer dieses veränderte Verhältnis nachgezeichnet wird: die Problematik einer Politik der Abwesenheit, staatliche Strategien eines Auswanderungslandes, die Lehren der Katholischen Kirche, die Rolle der *hometown associations* und zuletzt die komplizierten Fragen von *citizenship* und Zugehörigkeit, wo es nicht zuletzt um die Zustimmung bzw. Ablehnung von Migration in Mexiko geht.

In allen Kapiteln nähert sich Fitzgerald historisch der Genese Mexikos als Auswanderungsland und stößt dabei auf spannende Beobachtungen, die einige Neuigkeitsbehauptungen in der Transnationalismusforschung zurechtrücken. So etwa die Gründung von *hometown associations* von mexikanischen BinnenmigrantInnen zunächst in Mexiko selber (z.B. Organisation derjenigen aus Jalisco in Mexiko Stadt) (Kapitel 4). Diese Organisationen verfügten über weit mehr Einfluss als die heutigen im Ausland gelegenen, die der Transnationalismusforschung als Paradebeispiel für grenzüberschreitende Kooperation und Einflussnahme gelten (z.B. was passiert mit dem Geld, das MigrantInnen für Infrastrukturprojekte in der Herkunftsgemeinde spenden). Fitzgerald weist immer wieder darauf hin, dass die mexikanische Emigrationspolitik häufig von Seiten der USA torpediert wurde, dass heißt wenn Mexiko beispielsweise versucht hat, irreguläre Migration zu unterbinden, haben die USA ihre Grenzen demonstrativ geöffnet, etwa um die Verhandlungsposition Mexikos zu schwächen, als Mexiko kollektive Mindeststandards in Arbeitsverträgen der MigrantInnen verhandeln wollte.

Die Studie von Fitzgerald zur Auswanderungs- und Ausgewandertenpolitik Mexikos überzeugt fast ohne Abstriche: Sie ist sehr gut lesbar und trägt Neues zur Forschung im Bereich der *governance* von Migration bei, die sehr häufig auf die Zielländer fixiert ist. Die fünf Schwerpunkte sind überzeugend gewählt und hinterlassen den Eindruck, der Autor habe nur einen Teil seines empirischen Materials verwertet. Dies ist für eine Buchveröffentlichung in

gut verdaulicher Länge sehr angenehm. Allerdings führt die stringente Argumentation an einigen Stellen dazu, interessante Phänomene am Rand liegen zu lassen; so etwa die sich durch Migration verändernden Geschlechterverhältnisse und die Repräsentation von Männern und Frauen. An einer Stelle etwa wird erwähnt (151), dass junge Männer mit Tattoos, kurz geschorenem Kopf und Goldkettchen zum Inbegriff des *norteño* geworden sind. Dem gegenüber gestellt werden in den USA gewählte Jalisco-Schönheitsköniginnen, die zur Belohnung in alte Trachten gesteckt werden und eine Fahrt in die 'Heimat' (ihrer Eltern) geschenkt bekommen, damit sie ihrer Herkunft bewusst werden. Diese beiläufige Erwähnung lässt Fragen aufkommen zur geschlechtsspezifischen Repräsentation von Nation (wie vielerorts durch Frauen) und Moderne (Männer mit schnellen Autos). An anderen Stellen der Studie wäre zu fragen, wie sich Haushaltsstrukturen und Rollenverteilungen in Gemeinden verändern, in denen überproportional Alte und Frauen leben. Leider ist darüber nur sehr wenig zu erfahren. Die theoretische Auseinandersetzung hätte zum Teil etwas expliziter ausfallen können. Fitzgeralds Bezüge sind zum einen die Transnationalismuskonzeption und zum zweiten die Globalisierungsdebatte zwischen 'Globalisten' und Skeptikern, in der es um (den Verlust) nationalstaatliche Souveränität geht. Diese Debatten haben in den letzten Jahren etwas an Spannung verloren, daher wäre eine Auseinandersetzung beispielsweise mit anderen Arbeiten zur *governance* von Migration, zu von Foucault inspirierten Gouvernementalitätsstudien oder zur

Ethnographie des Staates wünschenswert gewesen, wie sie an einigen Stellen aufscheinen.

Helen Schwenken

Rita Schäfer: *Frauen und Kriege in Afrika. Ein Beitrag zur Gender-Forschung*. Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel 2008, 520 Seiten

Mit ihrer enzyklopädischen Studie zu unterschiedlichen Aspekten von Geschlechterverhältnissen in Kriegen und Konflikten in verschiedenen afrikanischen Ländern leistet Rita Schäfer einen bedeutenden Beitrag sowohl zur *Gender-Forschung* als auch zum Verständnis von Konfliktdynamiken allgemein. Kontextspezifisch werden die unterschiedliche Betroffenheit, Handlungspotenziale und -grenzen verschiedener Gruppen von Männern und Frauen analysiert, z.B. von Kombattant/-innen, (Kinder) soldaten/-innen, Gewaltopfern oder Flüchtlingen. Darüber hinaus werden Differenzierungen unter Männern und Frauen nach Alter, Status, Bildung und anderen Variablen untersucht, ebenso welche Faktoren zu Veränderungen von Geschlechterkonstrukten führen. Ziel der Studie ist, mit der Gegenüberstellung und Detailanalyse unterschiedlicher Konflikte und Kriege sowohl zeit- und länderspezifische Besonderheiten als auch grundlegende Muster zu erkennen und die Dynamiken der Entwicklung von Geschlechterverhältnissen in Nachkriegsgesellschaften besser zu verstehen.

Das Buch ist in vier Hauptkapitel gegliedert, in denen unterschiedliche Konflikte und Kriege in verschiedenen Regionen Afrikas untersucht werden: im südlichen Afrika, in Westafrika, Zentral-

und Ostafrika sowie am Horn von Afrika. In den einzelnen Kapiteln werden unterschiedliche Fallbeispiele detailliert analysiert, z.B. im ersten: *Gender*-Aspekte im simbabwischen und namibischen Unabhängigkeitskrieg, im Befreiungskampf in Südafrika sowie in den anti-kolonialen Unabhängigkeitskriegen und anschließenden Bürgerkriegen in Angola und Mosambik. Die Länderbeispiele sind ähnlich aufgebaut. In historischen Rückblicken werden vor allem die Auswirkungen der jeweiligen Kolonialherrschaft auf gesellschaftliche Strukturen und Geschlechterverhältnisse herausgearbeitet. Danach folgt die Skizzierung von Konfliktdynamiken und Kriegsverläufen, in denen ein breites Spektrum von Bedeutungsdimensionen der Kategorie *Gender* dargestellt wird. Im Anschluss daran werden Geschlechterverhältnisse in Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen sowie die weitere Entwicklung in den Nachkriegsgesellschaften kritisch untersucht. Im Folgenden können nur einige der übergreifenden Ergebnisse wiedergegeben werden.

Vor allem in den Siedlerkolonien wurden bestehende sozio-kulturelle Geschlechterkonstrukte und Generationenbeziehungen der lokalen Bevölkerung nachhaltig verändert, z.B. durch die Aneignung von Land, die Einschränkung von Weidewirtschaft und Zwangsumsiedlungen. Die landwirtschaftliche Produktion von afrikanischen Frauen wurde durch Landmangel beeinträchtigt, viele Männer verloren die Grundlagen der Existenzsicherung, weil die Möglichkeiten zur Viehhaltung eingeschränkt wurden. Die Verknappung von Ressourcen sowie die ungleiche Verteilung von Arbeitslasten trugen

zu Konfliktpotenzialen zwischen den Geschlechtern und Generationen bei. Neue Arbeitsmöglichkeiten in landwirtschaftlichen Großbetrieben oder im Bergbau, die hauptsächlich Männern offen standen, waren schlecht entlohnt und in rassistische Strukturen integriert; schwarze Arbeiter galten unabhängig von Alter und Familienstand als „boys“. Diese Formen „der Entmännlichung hatten gravierende Veränderungen der maskulinen Selbstbilder ... zur Folge“ (S. 506), die sich bis heute auswirken.

In allen Ländern unterstützten Mädchen und Frauen den anti-kolonialen Widerstand und Befreiungsbewegungen auf vielfältige Art und Weise, weil sie sich Landrechte, die Abschaffung kolonialer und vorkolonialer Diskriminierungen und Benachteiligungen sowie bessere Bildungs- und Berufsperspektiven erhofften. In den militanten Gruppen waren Frauen jedoch meistens in der Minderheit und nur wenige gelangten in Führungspositionen. Mit ihrem Anschluss an bewaffnete Gruppen widersetzten sie sich zum Teil auch Pflichten und Reglementierungen im Rahmen geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen.

In allen Konflikten und Kriegen wurden sexualisierte Gewalt und Vergewaltigungen systematisch als Demütigungsstrategie und Zermürbungstaktik gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Auch innerhalb der Befreiungsbewegungen waren Mädchen und Frauen sexualisierter Gewalt ausgesetzt. In den Nachkriegsgesellschaften wurden diese Formen von Gewalt jedoch weitgehend verschwiegen und auch im Rahmen von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen nur unzureichend aufgearbeitet.

Frauen blieben von Friedensverhandlungen nahezu ausgeschlossen. In Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen wurden sie systematisch benachteiligt und der Zugang zu Gütern und Hilfsangeboten blieb ihnen weitgehend verwehrt. Die Rückkehr in ihre Familien und Heimatorte war für viele Mädchen und Frauen, die sich Milizen angeschlossen hatten, schwierig, weil sie nicht den traditionellen Rollenbildern entsprachen bzw. sich ihnen nicht unterwerfen wollten.

Auch wenn bei einem Teil der Befreiungsbewegungen Geschlechtergerechtigkeit zu den proklamierten Zielen gehörte, wurde in den Nachkriegsgesellschaften wenig davon umgesetzt. Frauen-Ministerien, die in der Folge der sogenannten Frauendekade der Vereinten Nationen eingerichtet wurden, dienten in vielen Fällen hauptsächlich dazu, Unterstützung für die herrschenden Regierungen zu mobilisieren und nicht dazu Geschlechterverhältnisse oder -gerechtigkeit zu thematisieren. Unabhängige Frauenorganisationen, die versuchten, Rechte einzufordern, bekamen zum Teil – wie z.B. in Simbabwe – Repressionen und Gewalt durch Geheimdienste und Polizei zu spüren. Auch in Ländern mit weitgehenden legislativen Reformen wie Südafrika prägen geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt immer noch den Alltag vieler Mädchen und Frauen. Maskulinitätskonstrukte, die Gewalttaten fördern, werden nur von wenigen Nicht-Regierungsorganisationen problematisiert.

Mit dem Buch „Frauen und Kriege in Afrika“ wird eine breite Leserschaft angesprochen: insbesondere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Personen, die in der Entwicklungszu-

sammenarbeit tätig sind sowie politische Entscheidungsträger/-innen. Die Studie ist von besonderer Bedeutung, weil viele Untersuchungen über Gewaltkonflikte und Kriege in Afrika immer noch ohne die Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen erstellt werden. Eine Stärke der Studie liegt auch darin, dass Geschlechterhierarchien mit anderen Differenzkategorien wie Ethnizität und Religion in Beziehung gesetzt werden. Durch die sehr umfangreichen Detailinformationen, die Rita Schäfer mit äußerster Akribie zusammengetragen hat, bietet das Buch sowohl eine Einführung in die Debatte um die Bedeutung von *Gender* in Kriegen und Konflikten als auch Hintergrundinformationen zu ökonomischen und sozio-kulturellen Entwicklungen in den behandelten Ländern. Eine stark erweiterte Literaturliste und Zusatzinformationen sind zudem auf der Webseite www.frauen-und-kriege-afrika.de zu finden.

Gabriele Zdunnek

Pap Ndiaye: *La condition noire. Essai sur une minorité française*. Paris: Calmann-Levy 2008, 436 Seiten

Im Januar 2007 erhob das französische Marktforschungsinstitut tns-SOFRES im Auftrag des 2005 gegründeten *Repräsentativen Rats der Vereinigungen Schwarzer in Frankreich* (CRAN) sozio-ökonomische Daten der schwarzen Bevölkerung. Zwischen 4-5% der EinwohnerInnen Frankreichs bezeichnen sich der Umfrage zufolge als schwarz. Die Erhebung, bei der es sich um die erste Untersuchung dieser Art seit 1807 handelt, stellt ein hoch umstrittenes Novum dar, denn sie bricht mit dem französischen Staatsbürgerschaftsverständnis,

das bei der Erfassung seiner StaatsbürgerInnen von Minderheitsmerkmalen abstrahiert. Galt dies bislang als Garant der Gleichheit, wurden im letzten Jahrzehnt Stimmen laut, die den abstrakten Universalismus der französischen Republik eher für die Ursache der Verschleierung rassistischer Diskriminierung hielten.

Diese These vertritt auch der an der Pariser Hochschule für Sozialwissenschaften (EHESS) lehrende Historiker Pap Ndiaye in seiner Untersuchung über die „*condition noire*“ (etwa: Schwarz Sein). Schwarze seien in Frankreich zwar als Individuen, nicht aber als soziale Gruppe sichtbar. Dies führe dazu, dass die vielfachen Diskriminierungen, denen sie ausgesetzt sind, nicht Gegenstand einer gesellschaftlichen Diskussion werden könnten.

Bei der Untersuchung handelt es sich um die bislang umfassendste Darstellung der Geschichte von Schwarzen in Frankreich. Pap Ndiayes bislang nicht übersetzter Text stützt sich zusätzlich zur umfangreichen verarbeiteten Literatur auf 70 Interviews mit Personen, die sich als schwarz bezeichnen. Ndiaye greift zudem auf Beobachtungen aus der zivilgesellschaftlichen Interessensvertretung zurück, der er sich als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des CRAN und Aktivist der Vereinigung für Diversität CAPDIV zurechnet. Das Buch betrachtet nicht im Fahrwasser der *cultural studies* die Verhandlungsformen schwarzer Identitäten, sondern verschiebt den Fokus auf Minderheitspolitiken, greift die Erfahrungen Schwarzer in Frankreich mit Alltagsrassismus und Diskriminierung auf und positioniert sich vor ihrem Hintergrund in politischen Debatten um Minderheitenrechte.

Der Autor zeichnet ausgehend von einer Problematisierung des „Rasse“-Begriffs die Koordinaten des Lebens Schwarzer in Frankreich nach. Da rassistische Vorstellungen ihre wissenschaftliche Widerlegung überlebt haben, argumentiert Ndiaye, sei es notwendig, den Begriff „Rasse“ für die Analyse von Machtbeziehungen weiter zu verwenden. Gerade weil phänotypische Merkmale nicht natürlicherweise soziale Marker sind, müsse man die Bedingungen untersuchen, unter denen sie dazu werden. Er argumentiert dabei konsequent anti-essentialistisch. Als Minderheit in Frankreich ist schwarz, wer in großen Teilen seines Lebens dafür gehalten wird. Notwendige Identitätskonstruktionen ergeben sich daraus nicht.

Pap Ndiaye zeichnet die Geschichte schwarzer Bevölkerungsgruppen in Frankreich seit dem 17. Jahrhundert nach und illustriert ihre sich wandelnden Lebensbedingungen an Schlüsselfiguren, wie den afrikanischen Soldaten, die während der Weltkriege in der französischen Armee kämpften und Anna Julia Cooper, der ersten schwarzen Frau, die 1925 an der Sorbonne einen Dokortitel erhielt.

Die Untersuchung verfolgt die historische Herausbildung spezifischer Formen von Rassismus, die sich gegen Schwarze richten. Als Spezialist für die Geschichte der USA geht Ndiaye in vergleichender Perspektive mit der US-amerikanischen Debatte vor. Er übersetzt Analysekatégorien sozialer Hierarchien in den französischen Kontext, die für das republikanische Gesellschaftsverständnis, dessen Grundkonstituente die formale Gleichheit aller Bürger(innen) ist, undenkbar schienen. Dazu gehört der

Kolorismus, der dunkleren und helleren Tönungen der Haut unterschiedliche gesellschaftliche Wertungen zuschreibt. Diese – zur Zeit des Kolonialismus entstandene – Hierarchie begünstigt bestimmte Lebenswege für Schwarze und erschwert andere. Während in Teilen der Unterhaltungsindustrie und des Sports Schwarz sein als schick gelten kann, bleiben Schwarze z.B. in akademischen Positionen unterrepräsentiert. Das Buch untersucht ideologiekritisch, wie die Entscheidung von Schwarzen, die eine Sportler- oder Musikerlaufbahn einschlagen, zu einer biologischen Eigenschaft umgedeutet wird. Es analysiert auch die anhaltenden Wirkungen dieses Markers sozialer Hierarchien in Praktiken wie der Anwendung von Hautaufhellern, durch welche die kategorisierten Individuen die gesellschaftliche Gewalt im Versuch ihre Wirkungen abzuschwächen, gegen sich selbst wenden.

Eine große Qualität des durchweg republikanischen Buchs ist, dass es konsequent die Überlagerungen von Klassenzugehörigkeit und Rassifizierung einbezieht. Ndiaye macht deutlich, dass es ihm nicht darum geht, die in der französischen Sozialwissenschaft lange vorherrschende Fokussierung auf Klassenverhältnisse abzulösen, sondern gesellschaftliche Ausschlüsse auf das Zusammenwirken von Rassismus und Klassenzugehörigkeit hin zu untersuchen.

Über eine historische Analyse des Bilderrepertoires, auf das Rassismus gegen Schwarze zurückgreift und historische Formen von Solidarität zwischen Schwarzen in Frankreich, arbeitet sich

der Historiker bis zu den Fragen der Gegenwartsgesellschaft vor: Er diskutiert die aus seiner Sicht ambivalente Konjunktur der Gedenkpolitiken, vor allem die Funktion, die das Gedenken an den transatlantischen Sklavenhandel für minorisierte Gruppen bekommt. In dieser Tendenz sieht er die Gefahr eines identitären Rückzugs: Anstatt die Diskriminierungen der Gegenwart anzugreifen und den Sklavenhandel als verdrängtes Kapitel der französischen Geschichte zu bearbeiten, schreibe ein Teil der ErinnerungsaktivistInnen Schwarze ahistorisch auf eine unausweichliche Opferrolle fest. Der Historiker kritisiert zudem den Antisemitismus einzelner afrozentrischer Gruppierungen und Personen, wie er z.B. vom Komiker Dieudonné vertreten wird, der sich nicht nur durch einen aggressiven Antizionismus, sondern auch durch seine Unterstützung des rechtsextremen Front National hervorut. Ndiaye spricht sich für die Erhebung statistischer Daten von Minderheiten aus, um eine Wissensgrundlage für Minderheitenförderprogramme zu legen. Diese sollten als *affirmative action* gefasst werden, statt sie weiter als „positive Diskriminierungen“ in ein Licht der Abweichung vom allgemeinen Interesse zu stellen. Schließlich stellt Ndiaye ausführlich die Ziele des CRAN vor, der die Erfahrungen als Minderheit und daran anknüpfende politische Ziele zur Grundlage der Mitgliedschaft macht, nicht eine angenommene kulturelle Identität oder die Konstruktion einer gemeinsamen Herkunft.

Lotte Arndt

Eingegangene Bücher

- Al-Ali, Nadjé, & Nicola Pratt: *What Kind of Liberation? Women and the Occupation of Iraq*. Berkeley, CA: University of California Press, 2009, 240 S.
ISBN: 9780520257290
- Arts, Bas; Arnoud Lagendijk & van Henk Houtum (Hg.): *The Disoriented State. Shifts In Governmentality, Territoriality and Governance*. Heidelberg: Springer, 2009 (= Environment & Policy, Bd. 49), 256 S.
ISBN: 9781402094798
- Bandau, Anja; Diana Grothues; Frank Müller; Simone Schnabel; Stephanie Schütze & Susanne Willers (Hg.): *Pasando Fronteras. Transnationale und transkulturelle Prozesse im Grenzraum Mexiko-USA*. Berlin: edition tranvia – Verlag Walter Frey, 2009 (= Fragmentierte Moderne in Lateinamerika, Bd. 6), 247 S.
ISBN: 9783938944271
- Baumann, Marcel: *Zwischenwelten: Weder Krieg noch Frieden. Über den konstruktiven Umgang mit Gewaltphänomenen im Prozess der Konflikttransformation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, 323 S.
ISBN: 9783531159485
- Blumtritt, Andrea: *Die Pluralisierung der Wege des Paares. Geschlechtsspezifische Dimensionen von Modernisierungsprozessen im translokalen Raum der Anden*. Berlin: edition tranvia – Verlag Walter Frey, 2009 (= Fragmentierte Moderne in Lateinamerika, Bd. 7), 324 S.
ISBN: 9783938944301
- Briones, Leah: *Empowering Migrant Women. Why Agency and Rights are not Enough*. Aldershot: Ashgate, 2009 (= Gender in a Global/Local World), 252 S.
ISBN: 9780754675327
- Cremer, Uli: *Neue NATO: die ersten Kriege. Vom Militär- zum Kriegspakt*. Hamburg: VSA, 2009, 218 S.
ISBN: 9783899653144
- Development Dialogue 51: Postneoliberalism – A beginning debate. Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation, 2009 (Övre Slottsgatan 2, SE – 75310 Uppsala, Schweden), 216 S.
ISSN: 0345-2328
ISBN: 9789185214525
- Eckert, Julia M. (Hg.): *The Social Life of Anti-Terrorism Laws. The War on Terror and the Classifications of the „Dangerous Other“*. Bielefeld: transcript, 2008, 196 S.
ISBN: 9783899429640
- Flores, Alexander: *Der Palästina-Konflikt*. Freiburg i.Br., Basel, Wien: Herder, 2009 (= Wissen was stimmt, Bd. 6082), 128 S.
ISBN: 9783451060823
- Hauß, Michael von (Hg.): *Indien. Herausforderungen und Perspektiven*. Marburg: Metropolis, 2008 (Schriften zur Wirtschaft Asiens, 6), 266 S.
ISBN: 9783895187209
- Helfrich, Silke, & Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*. München: oekom, 2009, 288 S.
ISBN: 9783865811332
- Hummel, Hartwig, & Bastian Loges (Hg.): *Gestaltungen der Globalisierung. Festschrift für Ulrich Menzel*. Opladen & Farmington Hills, MI: Budrich UniPress, 2009, 400 S.
ISBN: 9783940755292
- Imfeld, Al: *Die Entwicklung*. Marburg: Metropolis, 2008 (= Die Gesellschaft – Neue Folge 3), 156 S.
ISBN: 9783895186523
- Jockenhövel-Schieke, Helga: *Soziale Reproduktion in den Zeiten von AIDS: Waisen und ihre Familien im ländlichen Tansania*. Münster: LIT, 2009 (= Ethnologie, Bd. 34), 184 S.
ISBN: 9783825816230
- Kapoor, Ilan: *The Postcolonial Politics of Development*. Abingdon: Routledge, 2008 (= Postcolonial Politics), 200 S.
ISBN: 9780415773980
- Messerschmidt, Astrid: *Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 2009 (= wissen & praxis, Bd. 151), 280 S.
ISBN: 9783860993958
- Organisation for Economic Co-Operation and Development – OECD: *Managing Water for All: An OECD Perspective on Pricing and Financing*. Berlin: OECD, 2009, 151 S.
ISBN: 9789264050334
- Organisation for Economic Co-Operation and Development – OECD: *Private Sector Participation in Water Infrastructure. OECD Checklist for Public Action*. Berlin: OECD, 2009, 135 S.
ISBN: 9789264059214
- Ospina, Pablo; Olaf Kaltmeier & Christian Büschges: *Los Andes en movimiento. Identidad y poder en el nuevo paisaje político*. Quito: Universidad Andina Simón Bolívar, Ecuador & Corporación Editora Nacional sowie Bielefeld: Universität Bielefeld, 2009 (= Biblioteca de Ciencias Sociales, Bd. 65), 272 S.
ISBN: 9789978844939 & 9789978192191

Randzio-Plath, Christa (Hg.): *Für eine gerechte Welt – Frauen und Entwicklung. Ein Lesebuch*. Berlin: vorwärts buch, 2009, 271 S. ISBN: 9783866026360

Schmolze, Bianca, & Knut Rauchfuss (Hg.): *Kein Vergeben. Kein Vergessen. Der internationale Kampf gegen Straflosigkeit*. Berlin: Assoziati-on A, 2009, 422 S. ISBN: 97839335936798

Tanaka-Naji, Hiromi: *Japanische Frauennetzwerke und Geschlechterpolitik im Zeitalter der Globalisierung*. München: Iudicium, 2009 (= Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien, Bd. 44), 584 S. ISBN: 9783891298558

Tuider, Elisabeth; Hanns Wienold & Torsten Bewernitz (Hg.): *Dollares und Träume. Migration, Arbeit und Geschlecht in Mexiko im 21. Jahrhundert*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2009, 317 S. ISBN: 9783896917645

van der Linden, Marcel: *Workers of the World: Essays toward a Global Labor History*. Leiden & Boston: Brill, 2008 (= Studies in Global Social History, Bd. 1), viii + 469 S. ISBN: 9789004166837

Wallacher Johannes, & Karoline Scharpenseel (Hg.): *Klimawandel und globale Armut*. Stuttgart: Kohlhammer, 2009 (= Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur, Bd. 18), 171 S. ISBN: 9783170208162

WIDERSPRUCH 55: *Demokratie und globale Wirtschaftskrise*. 28. Jg., 2. Halbjahr 2008, Zürich: WIDERSPRUCH (Postfach, CH – 8031 Zürich), 240 S. ISSN: 1420-0945

Wilson, Eric (Hg.): *Government of the Shadows: Parapolitics and Criminal Sovereignty*. London: Pluto Press, 2009, 336 S. ISBN: 9780745326238

LATEIN AMERIKA

NACHRICHTEN // die monatszeitschrift



// solidarisch // kritisch
// unabhängig

probeabo bestellen und
unverbindlich testen

www.lateinamerika-nachrichten.de